

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Jens Reich

Warum ist die DDR untergegangen?
Legenden und sich selbst erfüllende Prophezeiungen

Karl Ulrich Mayer/Martin Diewald

Kollektiv und Eigensinn: Die Geschichte der DDR
und die Lebensverläufe ihrer Bürger

Heike Solga

Klassenlagen und soziale Ungleichheit in der DDR

Sylvia Klötzer

Öffentlichkeit in der DDR?
Die soziale Wirklichkeit im „Eulenspiegel“

B 46/96

8. November 1996

Jens Reich, Prof. Dr. med., geb. 1939; Studium der Medizin an der Humboldt-Universität Berlin; 1961–1968 Mitarbeiter am Institut für Biochemie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena; 1968–1990 Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften in Berlin-Buch, Zentralinstitut für Molekularbiologie; 1989 Mitbegründer des Neuen Forum; 1990 Volkskammerabgeordneter für das Neue Forum (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN); seit 1992 wissenschaftlicher Arbeitsgruppenleiter am Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin Berlin-Buch; 1991 Auszeichnung mit dem Theodor-Heuss-Preis und 1993 mit dem Anna-Krüger-Preis des Wissenschaftskollegs zu Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Rückkehr nach Europa, München – Wien 1991; Abschied von den Lebenslügen, Berlin 1992; Jens Reich im Gespräch mit Mathias Greffrath und Konrad Adam, München – Wien 1994.

Karl Ulrich Mayer, Dr. rer. soc. habil., geb. 1945; Direktor am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin; Honorarprofessor für Soziologie an der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Nancy Brandon Tuma) Event History in Life Course Research, Madison 1990; (Hrsg.) Lebensverläufe und sozialer Wandel, Opladen 1990; (Hrsg. zus. mit Jutta Allmendinger und Johannes Huinink) Vom Regen in die Traufe: Frauen zwischen Beruf und Familie, Frankfurt am Main–New York 1991; (Hrsg.) Generationsdynamik in der Forschung, Frankfurt am Main–New York 1992; (zus. mit Johannes Huinink, Martin Diewald, Heike Solga, Annemette Sørensen und Heike Trappe) Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach, Berlin 1995; (Hrsg. zus. mit Martin Diewald) Zwischenbilanz der Wiedervereinigung, Opladen 1996; (Hrsg. zus. mit Paul B. Baltes) Die Berliner Altersstudie, Berlin 1996.

Martin Diewald, Dr. phil., geb. 1958; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin, Abteilung Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Entwicklung.

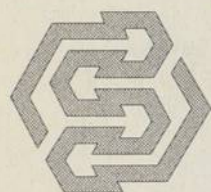
Veröffentlichungen u. a.: Soziale Beziehungen: Verlust oder Liberalisierung?, Berlin 1991; Soziale Differenzierung im Alter und die Polarisierung von Hilfebeziehungen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, (1993); (zus. mit Johannes Huinink, Karl Ulrich Mayer, Heike Solga, Annemette Sørensen und Heike Trappe) Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach, Berlin 1995; (Hrsg. zus. mit Karl Ulrich Mayer) Zwischenbilanz der Wiedervereinigung, Opladen 1996; (zus. mit Johannes Huinink und Jutta Heckhausen) Lebensverläufe und Persönlichkeitsentwicklung im gesellschaftlichen Umbruch, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, (1996) 2.

Heike Solga, Dr. phil., geb. 1964; 1983–1988 Studium der Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1990–1991 Fulbright-Stipendium an der Stanford University (Kalifornien/USA) mit Abschluß des M.A.; 1994 Promotion an der Freien Universität Berlin; seit 1995 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Karl Ulrich Mayer) Mobilität und Legitimität. Zum Vergleich der Chancenstrukturen in der alten DDR und der alten BRD oder: Haben Mobilitätschancen zu Stabilität und Zusammenbruch der DDR beigetragen?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 46 (1994) 2; Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin 1995; (zus. mit Johannes Huinink, Karl Ulrich Mayer, Martin Diewald, Annemette Sørensen und Heike Trappe) Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach, Berlin 1995.

Sylvia Klötzer, Dr. phil. (USA), geb. 1952; Studium der Germanistik und Amerikanistik in Berlin und Amherst, Mass./USA; seit 1996 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

Veröffentlichungen u. a.: Perspektivenwechsel. Ich-Verlust bei Monika Maron, in: Ute Brandes (Hrsg.), Zwischen gestern und morgen: Schriftstellerinnen der DDR aus amerikanischer Sicht, Bern 1992; Subkultur und Staatssicherheit: Rainer Schedlinski, in: Christine Cosentino und Wolfgang Müller (Hrsg.), „im widerstand/in mißverständnis?“ – Zur Literatur und Kunst des Prenzlauer Bergs, New York 1995; Patterns of Self-Destruction: Christa Wolf's „What Remains“ and Monika Maron's „Flight of Ashes“, in: Karen Jankowsky/Carla Love (Hrsg.), Other Germanies – Questioning Identity in Women's Literature and Art, Albany 1996 (i. E.).



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Jens Reich

Warum ist die DDR untergegangen? Legenden und sich selbst erfüllende Prophezeiungen

Ereignisse, die zu Geschichte werden, laufen nach einem dynamischen Schema ab, das mir analog aus der theoretischen Biologie wohlbekannt ist. Das Auf und Ab von kurzzeitigen Schwankungen um eine langfristige mittlere Lage dauert scheinbar endlos. Im Hintergrund verändern sich jedoch nahezu unmerklich die Randbedingungen. Dann plötzlich, aus scheinbar nichtigem Anlaß, wird die Lawine ausgelöst und bringt dramatische Änderungen hervor, die nicht mehr rückführbar sind.

Bei der Beobachtung historischer Abläufe wie des Niedergangs des Ostblocks drängen sich ähnliche Deutungsfiguren auf. In langer, quälend langer Vorzeit bereitet sich der Durchbruch des Neuen vor. Alexis de Tocqueville hat dafür die Metapher: „L'ancien régime et la Révolution“ gefunden. Im Geschichtsunterricht, den wir junge DDR-Bürger in endloser Ödnis über uns ergehen lassen mußten, wiederholte sich diese Bewegung monoton: Durch alle Zeiten und Regionen „reifte“ stets etwas „heran“, „brach sich das werdende seine Bahn“, „wuchs im Schoße des Alten das Neue, Fortschrittliche heran“ – immer die gleiche Bewegungsmühle. Eine Variante davon ist das Bild vom „Aufstieg und Fall“, der Stadt Mahagonny bei Berthold Brecht ebenso wie „Rise and Fall of the Roman Empire“ bei Edward Gibbon. Verwandte Muster sind die organismischen, bei denen eine Zivilisation als Lebenszeit betrachtet, unterteilt und strukturiert wird; Oswald Spenglers Theorie etwa oder die des britischen Sozialreformers und Historikers Arnold J. Toynbee.

Bei der analytischen Beschreibung der DDR-Geschichte trifft man auf eine ähnliche stereotype Art der Darstellung. Zum Beispiel: Langsam ging es abwärts. Unmerklich verlor das System an Stabilität. Immer mehr Leute wurden immer unzufriedener. Die herrschende Klasse wurde träge; der Wachhund Stasi immer aufgeregter, biß aber nicht mehr richtig zu. Langsam nahm die Zahl der Nein-Wähler zu, blieb aber immer im Promille-Bereich. Es wuchs die Zahl der Ausreisearträge. Die Wachstumsrate des Nationaleinkommens der DDR wurde immer geringer, mußte ständig friert werden. Die Auslandsschulden nahmen zu. Aufstieg und Integration ins System wurde für

junge Menschen immer weniger attraktiv. Und dann: Genau im Sommer 1989, da begann die Abstimmung mit den Füßen, der Exodus, die Demonstrationen in Leipzig, da löste sich die Lawine, donnerte ins Tal hinab, und die Bewegung kam erst am 3. Oktober 1990 zur Ruhe, als die DDR beendet und die Einheit hergestellt war.

Solche Bewegungsbögen des Aufstiegs und Falls und des Heranreifens von qualitativen Sprüngen begegnen mir nun überall, wenn über die DDR verhandelt wird. Bei der Gesamtanalyse ebenso wie bei Perioden, Abschnitten der DDR-Geschichte. Es ist sicher denkökonomisch, solche kontinuierlichen Bewegungsabläufe zu konstruieren, wenn man die Geschichte nicht einfach als Faktenfriedhof ansehen will. Aber es entstehen auch Stereotype dabei: in den urteilenden Begriffen, die das ganze Geschehen einhüllen, wie auch in der Deutung, als sei da etwas kausal bestimmt abgelaufen. Die DDR-Gesellschaft als Diktatur zum Beispiel, als totalitäre gar, als bürokratisches Gesellschaftssystem, als Kommandowirtschaft. Das sind so stereotype Begriffe. Als sei die DDR ein Prozeß, bei dem alles vorhersagbar abließ und auch nachträglich so interpretierbar ist. Der britische Zeithistoriker Timothy Garton Ash hat das in einem Artikel über die Wahl des polnischen Ministerpräsidenten Kwasniewski vergnüglich formuliert: Ursachen werden für jedes Ereignis gefunden, wie außerordentlich und unerwartet es auch sei. Was immer geschieht, es wird hinreichend erklärt.

Ich will Beispiele nennen, weshalb mich diese Denkfigur mit festen Ursachen so zum Widerspruch reizt, auch worin ich ihre logische Inkonsistenz sehe.

Ich bin der Überzeugung, daß wir, alle Betroffenen, das Ende des ganzen Ostblocks viel zu spät herbeigeführt haben. Die Agonie hat viel zu lange gewährt; schon viel früher hätte der Koloß zusammensacken können. Auf das Wann will ich mich nicht festlegen. Vielleicht nur soweit, daß ich bekenne, daß es mich betrübt, daß ich erst mit fünfzig Jahren und nicht schon mit dreißig aus dem Käfig entlassen wurde. Damals flogen die Pulse

noch schneller; damals hätte ich etwas mit der Freiheit anfangen können. Inzwischen habe ich mich daran angepaßt, ein Baum zu sein und kein Vogel, der seinen Ort wechseln kann. Ich bin der Meinung, daß wir alle den tranigen Zustand überlange ertragen haben. Und daß es genau die Denkfigur „Es ging nicht anders!“ war, die uns vom Handeln abgehalten hat.

Das ist nämlich die Antwort, die ich stets erhalte, wenn ich meine These, daß wir früher hätten aufwachen müssen, vor östlichem Publikum vortrage. Es ging nicht anders, heißt es. Und wenn du etwas unternommen hättest, dann wäre das und das geschehen. Sieh doch den Prager Frühling an, sieh doch die Solidarność. Die Zeit war nicht reif. Die Kausalkette nicht geschlossen. Gorbatschow, Mischka, der Wundertäter, war noch nicht an der Macht. Die Sowjetunion hatte sich noch nicht totgerüstet, wir hatten ihr den Nato-Doppelbeschuß noch nicht vor den Latz geknallt (das sagen meistens ältere Bundesrepublikaner und haben dabei den haßerfüllten Blick auf die „Chaoten von der Friedensbewegung“, die diese Politik verhindern wollten). Das Honecker-System mußte noch länger eingeweicht werden, die Schuldenhöhe über 20 Milliarden Westmark wachsen, Ökologie und Ökonomie vor den Kollaps kommen. Vorher ging es nicht. Es war eine Diktatur, bis an die Zähne bewaffnet. Stasi. Panzer. 17. Juni. Ungarns Oktober 1956. Prag 68. Danzig 1970. Es wäre dir noch gut ergangen, wenn du aus der DDR gejagt worden wärest, wie Wolf Biermann, wahrscheinlich hätten sie dich (weil weniger prominent) nach Bautzen verfrachtet. Es ging nicht eher, glaube uns.

Da sind sie alle, die Selbstfesselungsargumente. Wir wußten, daß es nicht ging, also ging es nicht. Wir wissen heute, daß es erst 1989 geschah, also ging es nicht bereits 1983. Wir lebten unter der Diktatur. Etwas war unmöglich, weil es unmöglich war.

Solchem sich selbst erzeugenden Fatalismus habe ich selbstverständlich auch angehangen. Viele Jahre lang. Seit meiner Jugend. Meine Eltern haben ihn mir nahegebracht, gesättigt mit Erfahrungen aus Nazizeit und Weltkrieg. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß die Freiheitsgrade der Bevölkerung größer waren, als diese kollektiv annahm. Wenn sie nur kooperativ reagiert hätte (wie dann später, im Herbst 1989) und sich nicht mit diesen Argumenten selbst gelähmt hätte. Kooperatives Handeln ist etwas Wunderbares, wenn es aufwärts geht, weil eins das andere mitreißt. Es ist aber verheerend, wenn die Tendenz

abwärts geht, dann reißt eins das andere verstärkend mit in den Abgrund.

Es gibt Anzeichen dafür, wie wacklig die Herrschenden der DDR auf ihrem Kamel saßen. Der Kaffeeaufstand etwa, und auch der Wäschekrieg. Ich muß erklären, was ich damit meine. Beides geschah zu Honeckers Zeiten, in den mittleren und späteren siebziger Jahren. Das eine Mal versuchten Mittags Heerscharen die Bettwäschepreise zu verdoppeln, vermutlich um irgendeinen Finanzposten auszugleichen. Das andere Mal ging es um den Kaffee, dessen Import aus dem Westen für Erich zu teuer wurde (obwohl er ihm selbst ausgiebig zusprach, wie er Helmut Schmidt am Telefon kokett gestanden hat). Jedenfalls wurde der Einzelhandelspreis von einem Tag auf den anderen nahezu verdoppelt.

Das war die Art Störung, die der träge Mechanismus nicht mehr abdämpfte. In beiden Fällen entstand eine unerwartete und bedrohlich anwachsende Unruhe. Die Leute reagierten vor dem Inkrafttreten der Verordnungen mit Hamsterkäufen und erzeugten eine Lawine von „Stimmungen und Meinungen“, wie so etwas im Parteijargon hieß. Die Machthaber sahen sich in beiden Fällen gezwungen, den Rückzug anzutreten und die Verordnungen zurückzunehmen. Es sind dies banale Anlässe, aber als Beleg dafür gut geeignet, wie empfindlich die angeblich so totalitären Diktatoren auf die Stimmung in der Bevölkerung reagierten, sobald sie nur Anzeichen wahrnahmen, daß der Druck gefährlich anstieg. Daß die Bevölkerung aus dem normalen „Aggregatzustand“ in den angeregten überzugehen drohte.

Es gab noch andere episodische Begebenheiten dieser Art. Auch die gegensinnigen: wenn die Machthaber einen Konflikt energisch austrugen, zum Beispiel den Kampf gegen die kulturtragende Klasse 1965 (11. Plenum) oder 1976 (Biermann-Affäre). Hier meine ich, daß sie die Intelligenz zu den eigenen Truppen rechneten und daher schärfer gegen Renegaten vorgehen konnten. Die würden aufmucken, aber nicht ernsthaft zur Lawine werden. Das Volk übt nicht den Aufstand für einen verbotenen Film.

Es lohnt auch, solche Fälle zu untersuchen, bei denen die Behörden nicht beweglich genug waren, dem Druck ein Ventil zu öffnen. So etwa in Polen, wo mehrmals Unruhen durch Lohnkürzungen bzw. Erhöhung der Fleischpreise ausgelöst wurden und fast das ganze System zum Einsturz brachten. Der Spätsommer 1989 gehört in diese Kategorie, als Honecker krank und nicht mehr in der Lage war,

dem konzentrischen Druck der Ausreise- oder Westbesuchsbegehrenden elastisch zu beugen.

Den Selbstfesselungsmechanismus bei potentiellen Reformern aus dem Inneren der SED habe ich am 4. November 1989 dramatisch vor die eigenen Augen geführt bekommen: mit dem Auftritt von Günter Schabowski, dem Politbüromitglied, einem von denen, die im Westen als DDR-Gorbatschow-Kandidaten gehandelt wurden. Er versuchte, am 4. November 1989 den Tiger zu reiten und sich an die Spitze der Reform zu stellen. Auf der Kundgebung wurde er heftig ausgepiffen. Ich stand neben ihm und konnte den plötzlichen, totalen Verfall seiner Gesichtszüge beobachten: Das war für ihn das Ende. Er resignierte. Ein Politiker wie Helmut Kohl steckt massenhafte Pfiffe weg und schreibt sie dem „Pöbel“ und mangelnder Vorbereitung der Demonstration seitens der Jungen Union zu. Aber für einen Marxisten war dies das Ende: Das Volk geht auf die Straße. Das war die Petrograder Revolution von 1917, jetzt war es aus.

Die Angst vor dem aufständischen Volk erzeugte übrigens auch die seltsame Reaktion der Machthaber auf die ersten Proklamationen des Neuen Forum. Wurden diese in Betrieben ausgehängt, dann gab es Untersuchungen, Verhaftungen, Verfolgungen. Nach Feierabend dagegen griff die Staatsmacht nicht ein. Sie war das Opfer des Mythos von der entscheidenden Bedeutung der Produktionsverhältnisse und der unbesiegbaren Arbeiterklasse. Ein paar Feierabend-Bürgerbewegte dagegen – Kleinbürger? Die nahm nur die Abteilung XX der Stasi einigermaßen ernst, und das, weil sie dafür zuständig war. Die Herrschenden sahen die Gefahr, erwarteten sie aber aus der falschen Richtung: Gewerkschaft, Streik, Solidarność. Darauf waren sie vorbereitet. Aber eine Feierabendrevolte? Lächerlich. Wieder der selbstfesselnde Determinismus, der elastische Reaktion verhinderte.

Jürgen Habermas sagte Anfang 1992 in einer Diskussion in der Akademie der Künste Ost, mit Christa Wolf: Ihm sei nicht so wie ihr rätselhaft, warum das Volk die DDR so leichtherzig auf den Müllhaufen geworfen habe, sondern umgekehrt, warum die ganze Konstruktion überhaupt so lange gehalten habe. Genau das war auch die Frage der kopfschüttelnden DDR-Bürger (und zwar nicht nur derer, die „dagegen“ waren, sondern auch vieler Anhänger des Staates, die Einblick hatten): Wie kommt es nur, daß die Karre immer wieder weiterläuft? Wir sind doch längst pleite! Weit gefehlt: Ein sozialistisches System ist strukturell zur Pleite unfähig (siehe Nordkorea); es sei denn,

es öffnet sich nach dem Westen. Dann gerät es unter das ökonomische Gesetz des Kapitalismus und ist bankrottfähig.

Solche Fragen bringen mich zu der Überlegung, wieviel von dem Arrangement des DDR-Bürgers mit seinem Staat (das, zugespitzt formuliert, nach dem Kontrakt funktionierte: euch die Macht und uns die Nische!) tatsächlich erzwungen war und welcher Anteil daran der unbefragten Akzeptanz der kausalen Deutungsfigur entstammt: Wir können ja doch nichts ändern! Eine fatalistische Selbstentschuldigung, nebenbei bemerkt, die nicht nur von der DDR-Bevölkerung der siebziger und achtziger Jahre vorgebracht wurde, sondern auch von der bundesrepublikanischen von heute. Wer weiß, ob nicht in 25 Jahren diejenigen unter uns, die dann noch dabei sind, sich dieselbe ratlose Frage stellen: Wie konnten wir so lange sehenden Auges die Rutschpartie mitmachen?

Zur Vorgeschichte des sich selbst erfüllenden Fatalismus der Herrschenden eine kleine Anekdote: Vor Jahren wurde uns als kleines Juxgeschenk bei einer Geburtstagsfeier ein Zeitungsfoto aus den sechziger Jahren überreicht, das Walter Ulbricht auf der Leipziger Messe mit all seinen Politbürokraten zeigt. Walter doziert, und die Zuhörenden stehen beflissen um ihn herum und sehen etwas verdrießlich aus. Der uns das Foto schenkte, hatte dem Walter eine Sprechblase dazugemalt: Genossen, nu guckt mich doch nicht so skeptizistisch an, es sind doch 21 Jahre Zeit bis zum November 89!!

Die Anekdote postuliert auf komische Weise den umgekehrten Fatalismus der Machthaber. Hatten sie wirklich keine Wahl, als starr am Konstruktionsversuch eines absolutistischen Fürstentums mit zu Engagement nicht mehr bereiter herrschender Klasse festzuhalten, bis das Ganze zusammenfiel, implodierte? Gab es nach 1961 keine Möglichkeit, in dem geschlossenen System den Versuch zu machen, auf die Bevölkerung mit Reformen zuzugehen? War es unausweichlich, daß die weltweite Anerkennung der DDR nur ein paar Reisekadern die mit allerlei Auflagen und jämmerlicher Geldausstattung vergällte Freizügigkeit brachte, die Untertanen dagegen verdrossen im Käfig nach Intershop-Schecks Ausschau hielten? Wären die Massen tatsächlich bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Massen abgehauen?

Ich stelle mir solche Fragen, weil ich sehe, daß hinter der offensichtlichen Verdrießlichkeit des Staatsvolks der DDR ja doch auch noch eine Art von schwankender Legitimation dieses Staates vorhanden war, die sich heute darin zeigt, daß die weltanschaulichen Kategorien, die der Sozialismus

zwei Generationen von Menschen eintrainierte, immer noch das eigene Hirn strukturieren. Wieviel sozialistische Ideologie ist noch wie selbstverständlich in unseren Köpfen, im Volk? In allen postsozialistischen Reformstaaten (die östlichen Bundesländer eingeschlossen) wählt ein halbes Jahrzehnt nach dem stürmischen Ende fast die Hälfte der Bevölkerung die gewendeten Nachfolgeparteien und kreuzt ein noch größerer Anteil bei dem Satz „Dieses westliche System schafft es also auch nicht!“ das „Ja“ an. War das also gar keine kategorische Abwicklung, 1989? Wie repräsentativ ist der Ausspruch: „Jetzt ha' ick 'n Opel Astra, und die Reise nach Mallorca, das Dach is' jedeckt und allet Mobiljar neu einjerichtet – jetze kann Honi mein'twejen wiederkommen!“?

Ich will noch ein letztes Beispiel von deterministischer Selbstfesselung bringen: Gab es eine Chance der Akzeptanz der Bürgerbewegungen des Herbstes 1989? Worin bestand deren Unfähigkeit zur politischen Strukturbildung, das Versagen, die Gelegenheit, das „window of opportunity“ – das Zeitfenster – zu nutzen?

Als politische Bewegung hatten Neues Forum und die anderen Protestbewegungen Ersatzfunktion. Sie sprangen ein für die nicht einsetzende Reformbewegung innerhalb der SED. Nach deutscher Politiktradition kann ein Wechsel nur „von oben“ stattfinden, also durch einen Macht- oder Strukturwechsel der politischen Eliten. Das kam nicht zustande, trotz einiger Ansätze und trotz Perestroika-Vorbild und der bereits vorhandenen Varianten in den anderen sozialistischen Ländern.

Die potentiellen Reformer versagten beim Generationswechsel und ließen sich statt dessen in die PDS-Matte tragen, in der sie heute das postsozialistische Comeback auf die gleiche Weise versuchen wie in den anderen Reformländern, mit deutschen Besonderheiten wegen der vorhandenen SPD. Erst das Fehlen der inneren Reformbewegung in der SED, für die im Westen und auch im Volk durchaus Sympathie zu erreichen gewesen wäre (man erinnere sich der zahlreichen Verbeugungen der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit vor dem „Zukunftsträger“ Hans Modrow vor dem Herbst 89!), erst dieses Versagen löste zu später Stunde die Volksbewegung aus. Und diese konnte nur gelingen, wenn sie sich an die Regel hielt: Nicht zu nahe an den Kettenhund heran. Deshalb der Gandhiismus der Bewegung, „keine Gewalt“, die Berufung auf die papierene DDR-Verfassung, die vorsichtige Richtung auf den dritten Weg. Es waren stets Meidbewegungen, die die Auslösung

eines Desasters wie 1953 (Berlin), 1956 (Ungarn), 1968 (Prag) usw. umgehen sollten.

Die Bürgerbewegung auf den Straßen konnte mit ihren beschränkten politischen Mitteln und der notwendigen Ungeordnetheit (Spontanität) nur als Reformbewegung Erfolg haben, die das System nicht in Frage stellte. Nur so konnte sie auch innerhalb der SED Gegenbewegung auslösen und den Schlagarm der Hardliner lähmen. Es war eine Strategie, die zur fatalistischen Selbstfesselung führte, als die Bürgerrechte erkämpft waren, als freie Presse, freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, freie Wahlen erreicht waren. Danach hätte nur harte politische Organisation die Macht, die auf der Straße lag, ergreifen und halten können. Das aber war nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten, der Bewegung verwehrt. Sie wurde überrannt.

Die Bürgerbewegung war eine teils intellektuelle, teils basisdemokratische Bewegung. In der Sowjetunion hat sie sich dem Glasnost-Perestroika-Kurs angeschlossen und ihn für eine gewisse Zeit mit theoretischer und moralischer Legitimation versehen. In der DDR fiel ihr die Hauptrolle im Herbst bis zum Jahresende 1989 zu. Diese Bewegungen hatten niemals ein „window of opportunity“ für die Machtübernahme. Sie waren von Anfang an chaotisch und zerstritten, unorganisiert. Freie Spontanität war ihre Existenzbedingung. Die Träger der Bewegung wurden niemals von der Bevölkerung akzeptiert, nicht einmal der reputierliche „synodale Zweig“ von den Mitgliedern der evangelischen Kirche. Die das Tor aufstießen, waren Randfiguren der Gesellschaft. Sie waren wegen der einzig möglichen Strategie (Unterlaufen der Gewaltschwelle, Gandhiismus, Diskussionsforum ohne Programm) überhaupt nicht befähigt zur späteren Machtergreifung. Sie waren Krisenvögel.

Die Bürgerbewegung hat dabei genau das erreicht, was sie nach objektiver Lage zu erreichen imstande war. Ihr einziges Zeitfenster war die Bewegung zur Herstellung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten. Das wurde erreicht. Daß sie ihrer inneren Struktur nach (und nicht wegen äußerer Ereignisse, auch nicht, weil die DDR-Bevölkerung nach dem Westen gelaufen wäre) unfähig war, etwas anderes als Auslöser zu sein, sieht man an der Parallelität der Verfallsbewegungen nach 1989 in den Reformländern, bei denen die Abwicklung des Sozialismus nicht mit nationaler Wiedervereinigung verbunden war: Die ČSSR ist der ähnlichste Fall. Hier übernahm das Bürgerforum die Macht, wurde Partei und stellte den Präsidenten und Außenminister. Aber auch das

konnte ihren schnellen politischen Niedergang nicht aufhalten.

Es ist eine andere Frage, ob die westdeutschen politischen Lager gut daran tun, den moralischen Kredit der Bürgerbewegung unterzupflügen. Das tun sie, jedes auf seine Weise, CDU, SPD, Grüne. Aber das ist keine aktuell-machtpolitische Frage mehr, allenfalls eine Frage des ideologischen Haushalts der Zukunft. Die Erfolge der PDS sind für den siegreichen Westen die „Strafe“, daß er im Siege nicht taktisch großzügig verfuhr, sondern die volle Kapitulation durchsetzte. Was aus all dem werden wird, ist wieder völlig offen. Erst wenn es geschehen ist, werden wir uns einbilden, genau zu wissen, warum es so geschehen mußte.

Die Versuchung ist heute groß, die DDR nur von ihrem Ende her zu betrachten. Sozusagen mit einer Jahreszählung mit negativen Zahlen. Da sieht es dann zwangsläufig so aus, als ob der Konus sich stets verengt und auf das unausweichliche, aber nicht vorverlegbare Ende zugespitzt hätte. Tatsächlich ist das Handlungsfeld zu allen Zeiten und in allen Situationen weit offen, sind stets prinzipielle Alternativen möglich, können wir an Scheidewegen andere Richtungen einschlagen. So betrachtet, hätte auch die DDR ein anderes als das klägliche Ende nehmen können.

Zwänge gibt es immer, auch ökonomische Zwänge. Aber sie wirken nur, wenn die Handelnden sie als solche verinnerlichen. Es war auch nicht so sehr die stagnierende wirtschaftliche

Situation und die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit ihrem Lebensniveau, das den politischen Innendruck verstärkte, sondern vielmehr der Vergleich dieser Größen mit der Bundesrepublik. Unsere Urgroßeltern vor 100 Jahren haben (im Mittel) weit bescheidener und unsicherer gelebt und sind dabei geduldig geblieben – was ihnen fehlte, war der Vergleich. Andererseits zeigt die Erfahrung mit strukturschwachen Gebieten, daß die Bevölkerung auch bei vorhandener Vergleichsmöglichkeit nicht in Massen auswandert, wenn Kompensationen da sind: Heimat, Ruhe, Tradition, kreative Entfaltungsmöglichkeit usw. Hier liegen die Ursachen, daß die herrschenden Eliten des Ostblocks ihr historisches Spiel verloren haben: Sie verschmähten es, auf das Volk zuzugehen, ihm Freiheiten zu lassen und für Kompensation zu sorgen. Sie ließen sich auf den eindimensionalen Poker ein, in dem es nur noch um Waffenproduktion, „Tonnenideologie“ und leerlaufenden Defekt-Konsumismus ging.

So ist die DDR in die Misere gerutscht und untergegangen, keineswegs aus naturgesetzlicher Notwendigkeit. Schuld sind vor allem die Machtträger, die Herrschenden, ihr stumpfsinniges Weiterwursteln. Aber auch die Untertanen haben dazu beigetragen, indem sie meinten, gar nichts ändern zu können, nur Objekt der Politik zu sein, und 1990 wieder in Passivität verfielen. Zu Klagegeheul wegen Entmündigung besteht kein Anlaß; Selbstentmündigung ist das richtige Wort.

Kollektiv und Eigensinn: Die Geschichte der DDR und die Lebensverläufe ihrer Bürger

I. Die Rekonstruktion der DDR-Gesellschaft als Sozialstrukturanalyse

Mit dem Zusammenbruch der DDR hat sich die Chance eröffnet, deren Bürgerinnen und Bürger über diese vergangene Gesellschaft und ihr eigenes Leben darin zu befragen und damit systematische Strukturanalysen dieses Systems durchzuführen. Nachdem solche Studien inzwischen vorliegen, ist zu fragen, zu welchen Erkenntnissen sie geführt haben. In diesem Beitrag befassen wir uns mit Forschungsergebnissen auf der Grundlage von Lebensverlaufsanalysen¹. Diesen Untersuchungen liegt die Erhebung einer Repräsentativstichprobe von 2 323 Frauen und Männern der Geburtsjahrgänge 1929–1931, 1939–1941, 1951–1953 und 1959–1961 zugrunde, die zwischen September 1991 und Oktober 1992 durchgeführt wurde. Die Fragen richteten sich auf eine vollständige, rückblickende Erfassung der Lebensverläufe dieser Ostdeutschen, also vor allem ihrer Wohngeschichte, ihres Ausbildungsverlaufs, ihrer Familiengeschichte sowie ihrer Erwerbs- und Berufsverläufe. Unsere Untersuchungen zielten auf folgende übergreifende Fragestellungen: In welchem Ausmaß hat die DDR ihr selbstgestecktes Ziel erreicht, eine klassenlose und egalitäre Gesellschaft aufzubauen? Bis zu welchem Grad ist es diesem politischen Regime gelungen, das Leben der DDR-Bürger in die von ihm gewünschte Bahn zu lenken? Inwieweit konnten sich diese einer solchen repressiven Inanspruchnahme entziehen und ihre eigenen Ziele verfolgen?

Für Diskussionen und Verbesserungsvorschläge haben wir insbesondere Johannes Huinink und Heike Solga zu danken. Darüber hinaus repräsentieren die hier dargestellten Ergebnisse auch die Arbeit der weiteren Mitglieder des Projekts, Annette Sørensen und Heike Trappe.

1 Vgl. Johannes Huinink/Karl Ulrich Mayer/Martin Diewald/Heike Solga/Annette Sørensen/Heike Trappe, Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach, Berlin 1995; Heike Solga, Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin 1995; Heike Trappe, Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik, Berlin 1995.

Aber ist es denn überhaupt sinnvoll, sich noch mit der DDR zu befassen? Es könnte ja nach dem Untergang der DDR müßig sein, sich mit einer Gesellschaft zu beschäftigen, die sich offensichtlich als nicht überlebensfähig erwiesen hat und von deren Entstehungs- und Stabilitätsbedingungen behauptet wird, sie seien von jeher primär durch äußere Interventionen gesichert worden².

Diesem Einwand kann folgendes entgegengehalten werden: Die Gesellschaft der DDR ist schon deshalb nicht passé, weil sie und die Lebensverläufe ihrer Mitglieder eine entscheidende Ausgangsbedingung der deutsch-deutschen Vereinigung sind. Es wäre töricht – obwohl dies häufig genug geschieht –, die Transformation Ostdeutschlands ausschließlich im Hinblick auf die Zielgesellschaft der westdeutschen Bundesrepublik zu betrachten. Wenn auch von den Institutionen der früheren DDR wenig übriggeblieben ist³, so wurden doch die bis zur Wende gelebten Leben und Mentalitäten „übernommen“ und wirken fort. Sie sind Ressourcen, über die die neuen Bundesbürger im Vereinigungsprozeß verfügen, auf die sie zurückgreifen müssen und die sie einbringen können. Von daher ist die Rekonstruktion der DDR-Gesellschaft wichtig für das Verständnis der Vereinigungsprozesse. Der Umbau der Sozialstruktur beginnt nicht im luftleeren Raum, und er ist auch nicht allein durch die Zielgesellschaft bestimmt.

2 Vgl. M. Rainer Lepsius, Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 17–30.

3 Vgl. Klaus von Beyme, Verfehlte Vereinigung – verpaßte Reformen? Zur Problematik der Evaluation der Vereinigungspolitik in Deutschland seit 1989, in: Everhard Holtmann/Heinz Sahner (Hrsg.), Aufhebung der Bipolarität. Veränderungen im Osten. Rückwirkungen im Westen, Opladen 1995, S. 41–68; Gerhard Lehbruch, Der Staat des vereinigten Deutschland und die Transformationsdynamik der Schnittstellen von Staat und Wirtschaft in der ehemaligen DDR, in: BISS public, 3 (1993) 10, S. 21–41 (BISS: Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien); M. R. Lepsius (Anm. 2); Karl Ulrich Mayer, Vereinigung soziologisch: Die soziale Ordnung der DDR und ihre Folgen, in: Hansgert Peisert/Wolfgang Zapf (Hrsg.), Gesellschaft, Demokratie und Lebenschancen. Festschrift für Ralf Dahrendorf, Stuttgart 1994, S. 267–290.

Uns scheint auch die Interpretation der DDR-Gesellschaft als einer bloß von außen oktroyierten und von außen stabilisierten Gesellschaft überzogen zu sein. Aufgrund ihrer Entstehungsbedingungen und ihrer Folgegeschichte kann man zwar die Schlußfolgerung ziehen, die DDR habe nur sehr bedingt Chancen politischer Eigengestaltung besessen⁴. Aber für die Beurteilung der sozialen Eigenständigkeit ist es wichtiger herauszufinden, ob sie ein bloßer Abklatsch des sowjetischen Gesellschaftsmodells war. Darüber hinaus ist es nicht nur eine rein akademische Frage, ob sie eine totalitäre und diktatorische *oder* eine autoritäre Gesellschaft *oder* ein paternalistischer Wohlfahrtsstaat gewesen ist, da dies das Selbstverständnis und die Fremdbewertung der heutigen Ostdeutschen berührt. Eine Untersuchung der Sozialstruktur der DDR muß sich daher zunächst an zwei entgegengesetzten Annahmen orientieren: zum einen der Annahme der erfolgreichen Diktatur und lückenlosen kollektiven Formierung, zum anderen der Annahme eigensinniger Lebensgestaltung trotz hermetischer Herrschaftsverhältnisse.

II. Konvergenzen, Divergenzen und offene Fragen

Neue Forschungsergebnisse müssen sich an dem gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Diskussion über die DDR-Gesellschaft messen lassen⁵, der im Folgenden knapp resümiert werden

4 Vgl. dazu z. B. Juri Bassistow, Die DDR – ein Blick aus Wünstorf. Persönliche Eindrücke eines russischen Offiziers, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/94, S. 46–53.

5 Es lassen sich verschiedene Stränge der theoretischen Einordnung der DDR-Gesellschaft unterscheiden. In Ostdeutschland selbst gab beziehungsweise gibt es vier „Gruppen“, die solche theoretischen Deutungen vertreten haben: die parteioffiziellen Interpreten (allen voran Kurt Hager, der „Chefideologe“), die parteiinternen, teilweise kritischen Soziologen und Politologen (Michael Brie, Dieter Klein, Manfred Löttsch, Otto Reinhold), die Dissidenten (Rudolf Bahro, Rolf Henrich) sowie ostdeutsche Soziologen und Politologen, die sich nach der Wende zu Wort gemeldet haben (u. a. Frank Adler, Frank Ettrich, Wolfgang Engler, Artur Meier, Detlef Pollack, Rolf Reißig, Michael Thomas). Im Westen lassen sich grob folgende Denkschulen unterscheiden: die Totalitarismus-Theoretiker (Hannah Arendt, Carl J. Friedrich), die antikommunistischen Deutschlandforscher, die Ludz-Schule, die an einer empirischen Analyse der faktischen Funktionsbedingungen der DDR und anderer sozialistischer Gesellschaften interessiert war und ist (Peter C. Ludz, Gert J. Glaebner, Hartmut Zimmermann), die der Ludz-Schule nahestehenden Sozialhistoriker (Jürgen Kocka, Ralph Jessen), institutionen- bzw. modernisierungstheoretisch orientierte Soziologen (Ralf Dahrendorf, M. Rainer Lepsius, Wolfgang

soll⁶. Was die System- und Struktureigenschaften der DDR anbelangt, so gibt es einen weitgehenden Konsens über folgende Elemente: Die DDR-Gesellschaft war

- in nahezu allen ihren Facetten politisch konstituiert, manipuliert und reguliert;
- ein System mit ausgeprägt von oben (und von außen) gesetzten Zielen und in diesem Sinne eine Organisationsgesellschaft⁷;
- im Vergleich zu westlichen Gesellschaften funktional entdifferenziert und insoweit weniger modern;
- gleichfalls eine sozial entdifferenzierte, homogene und klassenlose Gesellschaft mit einer sehr kleinen, politisch und sozioökonomisch privilegierten Herrschaftselite, die darauf bedacht war, diese Privilegien auch an ihre Kinder zu vererben.

Die geradezu paranoischen Bemühungen um Herrschaftssicherung nach außen und innen schlugen sich nicht nur in einem flächendeckenden Überwachungs- und einem mit möglichst verdeckten Mitteln operierenden Unterdrückungsapparat sowie in einer völligen Kontrolle der Medien (mit Ausnahme des Westfernsehens und der westlichen Radiosender), sondern auch in der Verhinderung intermediärer Organisationen, in der Ausschaltung von nichtkontrollierten Öffentlichkeiten und in einer an politischer Opportunität orientierten Rechtsprechung nieder. Politische Loyalitätskriterien bei der Besetzung von Kaderfunktionen führten zu einer Politisierung von Berufslaufbahnen, einer teilweisen Entprofessionalisierung sowie zu

Zapf), die Schule der marxistischen Kritik am etablierten Sozialismus (René Ahlberg) sowie die Theoretiker des neotraditionalistischen Kommunismus (Ken Jowitt, Günther Roth, Andrew Walder). Hinzu kommen Kritiker und Dissidenten aus anderen früheren sozialistischen Gesellschaften (u. a. Milovan Djilas, Jacek Kuron, Pavel Machonin, Ivan Szelenyi, Michael Voslensky, Włodzimierz Wesolowski).

6 Vgl. dazu u. a. Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Anm. 2), S. 547–552; ders., Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/94, S. 34–45; Katharina Belwe, Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der DDR, in: Werner Weidenfeld und Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1945–1989, München 1989, S. 125–143; M. R. Lepsius (Anm. 2); Wolfgang Zapf, Einige Materialien zu Gesellschaft und Demokratie im vereinten Deutschland, in: Hansgert Peisert/Wolfgang Zapf (Hrsg.), Gesellschaft, Demokratie und Lebenschancen. Festschrift für Ralf Dahrendorf, Stuttgart 1994, S. 291–312.

7 Vgl. Detlef Pollack, Das Ende einer Organisationsgesellschaft: Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie, 19 (1990), S. 292–307.

Erscheinungen von Überanpassung, die Effizienz und Leistung in allen Bereichen der Gesellschaft schwächten⁸.

Konsens besteht auch darüber, daß die DDR-Gesellschaft eine Arbeitsgesellschaft⁹ mit dem Recht und der Pflicht zur Arbeit war, mit einer sehr hohen Erwerbsquote von Männern und Frauen, sehr langen Arbeitszeiten sowie zusätzlichen Arbeitsverpflichtungen im Rahmen von Kampagnen und der Teilnahme an politischen Veranstaltungen und Massenorganisationen; daß der Betrieb ein multifunktionaler Ort nicht nur für die Erreichung von Produktionszielen und die Realisierung von Erwerbseinkommen, sondern auch für Sozialeinrichtungen, Freizeitgestaltung, soziale Integration und (zum Teil illegale) Güterversorgung war. Einig ist man sich ferner darin, daß die wirtschaftliche Leitung durch politische Vorgaben und Einflußnahmen sowie die betriebliche Leitung durch die Heroisierung der Produktionsarbeit und die vor allem aufgrund des 17. Juni 1953 akut bleibende Angst des Regimes vor offenen industriellen Konflikten geschwächt waren; daß die Defizite an Kapital- und Gütermärkten eine maximale Mobilisierung von Arbeitskräften und die betriebliche Hortung von Personal erzwangen und daß dies zusammen mit rigiden Planungen des Qualifikations- und Arbeitskräftebedarfs zu geringer zwischenbetrieblicher Mobilität führte, die durch geringe Einkommensdifferenzen sowie die zum Teil an Arbeitsplätze gekoppelte Wohnungsvergabe zusätzlich reduziert wurde.

Zum Grundkonsens der Forschung gehört außerdem die Auffassung, daß die Frauen in der DDR – jedenfalls im Vergleich zur alten Bundesrepublik – ein außerordentlich hohes Maß an Gleichheit und Selbständigkeit erreichten, da die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch großzügige Regelungen gefördert wurde. Übereinstimmung gibt es auch in den Annahmen zu den Auswirkungen dieser Familienpolitik. Demnach haben die massiven sozialpolitischen Leistungen für die Familie den Rückgang der Geburten zumindest gestoppt. Auf alle Fälle haben sie die Voraussetzungen für einen Familienzyklus geschaffen, der eine frühe Eheschließung und eine frühe Elternschaft begünstigte, zugleich aber auch die Stabilität der Familie in Frage stellte, da sie eine sehr hohe Scheidungs-

häufigkeit und eine rapide Zunahme nichtehelicher Geburten induzierten. Einvernehmen herrscht insgesamt darüber, daß die Sozialpolitik mit ihren vielfältigen Sicherheitsgarantien und Subventionen ein wesentlicher Aspekt des paternalistischen Wohlfahrtsstaates DDR war. Neben einem ritualisierten Antifaschismus bildeten die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen die wichtigsten Legitimationsgrundlagen des Systems. Ferner gibt es eine relativ große Übereinstimmung darüber, daß die ökonomische Krise der DDR in den achtziger Jahren neben dem technologischen Rückstand und der Rohstoffabhängigkeit von der Sowjetunion¹⁰ durch einen daraus resultierenden, nicht aufhebbareren Widerspruch zwischen wirtschaftlicher Leistung und wohlfahrtsstaatlicher Versorgung ausgelöst wurde. Die DDR hat über ihre Verhältnisse gelebt und ist an einem Übermaß an wohlfahrtsstaatlichen Ansprüchen zugrunde gegangen, das sie politisch wie ökonomisch nicht mehr in der Lage war zu korrigieren¹¹.

Die Divergenzen und Kontroversen um die Deutung der DDR-Gesellschaft konzentrieren sich seit den sechziger Jahren weniger auf einen Streit um Fakten über institutionalisierte Alltagsbedingungen, sondern vornehmlich auf den Streit um die begriffliche Einordnung der DDR als totalitäre Diktatur, als eigenständiger Entwicklungspfad des real existierenden Sozialismus auf dem Weg in eine moderne Industriegesellschaft oder als autoritärer Wohlfahrtsstaat. Dieser Streit ist nach der Wende neu aufgeflammt. Interessant werden diese und andere Deutungsdivergenzen vor allem dort, wo sie empirisch entscheidbar und fruchtbar werden. Die Geister scheiden sich zum einen an der Frage, auf welche Weise die DDR-Bürger hauptsächlich in die Gesellschaftsordnung integriert wurden: auf dem Wege aktiver innerer Zustimmung und Überzeugung, auf dem Wege physischen Zwangs und von Repression, auf dem Wege einer zur Gewohnheit werdenden Disziplinierung oder auf dem Wege materieller Anreize¹². Zum anderen bestehen erhebliche Deutungsdifferenzen im Hinblick darauf, inwieweit individuelle Hand-

10 Vgl. dazu Theo Pirker/M. Rainer Lepsius/Rainer Wehnert/Hans-Hermann Hertle, *Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen*, Opladen 1995.

11 Vgl. M. Rainer Lepsius, Äußerung auf einer Tagung der Kommission für die Erforschung des politischen Wandels in den neuen Bundesländern e. V. (KSPW) in Halle am 7.–8. Mai 1993, zitiert in Raj Kollmoyen, *Zwischen Institutionentransfer und kulturellem Eigensinn. Bericht über eine Tagung der KSPW*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 3 (1994), S. 434.

12 Vgl. K. U. Mayer (Anm. 3).

8 Vgl. Lutz Niethammer/Alexander von Plato/Dorothee Wierling, *Die volkseigene Erfahrung*, Berlin 1991.

9 Vgl. Martin Kohli, *Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung*, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Anm. 2), S. 31–61.

lungsmuster sich als konforme Anpassung und gestaltende Mitwirkung oder als Resignation, innere Distanz, Enttäuschung, Entfremdung und Rückzug ins Private verstehen lassen; ob die sogenannten Nischen unbeabsichtigte, eventuell sogar geförderte oder geduldete Folgen des Systems oder individuell erkämpfte Gegenwelten waren. Hat die DDR die Zustimmung ihrer Bürger verloren, weil diese die Systemziele in zunehmend geringerem Maße teilten oder weil das System nicht mehr in der Lage war, diese Ziele zu erreichen?

III. Führen die Befunde der DDR-Lebensverlaufsstudie zu einem veränderten Bild der DDR-Gesellschaft?

Die Herausforderung an die neuere DDR-Forschung besteht also sowohl darin, zur Klärung dieser Divergenzen und offenen Fragen beizutragen, als auch darin, den zu bequemen Gewißheiten geronnenen Konsens in Frage zu stellen. Im folgenden gehen wir nacheinander auf verschiedene Lebensbereiche ein und fragen jeweils: Wo war die DDR in der Erreichung ihrer Ziele sozialistischer Umgestaltung erfolgreich? Was steht dazu in eklatantem Widerspruch? Wo zeigen sich Prozesse von (nicht-)beabsichtigter Selbstorganisation? Wo erweist sich die DDR als eine „normale“ moderne Industriegesellschaft, und wo blieb sie traditionellen Mustern verhaftet? Welches sind die Befunde zur Entwicklungs- und Generationengeschichte der DDR?

1. Die Etablierung einer Klassengesellschaft in der DDR

Die DDR war durchaus erfolgreich in ihren eigenen Zielsetzungen, da sie die herkömmliche Klassen- und Eigentumsstruktur in der Tat – wenn auch durch Zwang – revolutionär verändert hat und indem sie durch massive Aufstiegs- und Ausgrenzungsprozesse neue Klassen geschaffen hat¹³. Ein bemerkenswertes Beispiel einer erfolgreichen gesellschaftlichen Revolution kann auch darin gesehen werden, daß nach unseren Befunden bei den Geburtsjahrgängen um 1960 Frauen in glei-

13 Vgl. H. Solga (Anm. 1), S. 1; dies., Die Etablierung einer Klassengesellschaft in der DDR. Anspruch und Wirklichkeit eines Postulats sozialer Gleichheit, in: J. Huinink/K. U. Mayer u. a. (Anm. 1), S. 45–88. Siehe auch den Beitrag von Heike Solga in diesem Heft.

chem Maße wie Männer Positionen in gehobenen und höheren Berufen erreichen konnten. Daß die Abschaffung alter Klassen vor allem durch den kollektiven Abstieg der bürgerlichen Schichten und durch Massenflucht erfolgte, war eine deutsche Besonderheit mit großen Konsequenzen sowohl für die zeitweilige Stabilität als auch die schließliche Instabilität der Gesellschaft. Die DDR hat diesen Qualifikationsverlust trotz massiver Anstrengungen nicht ausgleichen können.

Die DDR war keine klassenlose Gesellschaft, sondern eine Klassengesellschaft, in der sich, im Widerspruch zu ihrem eigenen Anspruch, eine herrschende Klasse (Parteielite) nicht nur die Verfügungsmacht über das gesellschaftliche Eigentum aneignen, sondern sich darüber hinaus auch in zunehmendem Maße sozial selbst rekrutieren und abgrenzen konnte. Mit ihr konnte sich eine „neue“, durch Professionswissen und Sachfunktion legitimierte Klasse (Dienstklasse) auch in der Generationenfolge etablieren. Die Arbeiterklasse hatte keinen privilegierten Zugang zu den sozialistischen Dienstklassen und relativ bessere Chancen nur bei offen bezeugter Systemloyalität. Die DDR kann dennoch – trotz Einschränkungen durch politische Auswahlkriterien – auch als eine sich modernisierende Industriegesellschaft bezeichnet werden. Dafür sprechen folgende Entwicklungen: Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten ging rapide zurück, die Beschäftigtenanteile in Verwaltung und Dienstleistungen stiegen an, und Ausbildungsabschlüsse gewannen als Auswahlkriterien an Bedeutung.

In der Konsequenz all dieser Befunde erscheint die DDR als eine Gesellschaft mit Klassengegensätzen, deren Reproduktionsmechanismen sich von denen westlicher Gesellschaften vor allem in der Forderung nach politischer Loyalität unterscheiden. Sowohl die Bedeutung von Klassenlagen überhaupt als auch die zusätzliche Bedeutung von politischer Loyalität hatten sich für die jüngeren Generationen sogar noch spürbar verschärft.

2. Staatliche Lenkung und individuelle Berufswahl: Bildungs- und Berufsverläufe

Das DDR-Regime hat das Bildungssystem institutionell neu gegliedert, ideologisch kontrolliert sowie die Zugangswege und Bildungsverteilungen reguliert¹⁴. Es hat bei politischem Wohlverhalten

14 Vgl. Johannes Huinink/Karl Ulrich Mayer/Heike Trappe, Staatliche Lenkung und individuelle Karrierechancen: Bildungs- und Berufsverläufe, in: J. Huinink/K. U. Mayer u. a. (Anm. 1), S. 89–144.

Bildungschancen eröffnet und insbesondere Frauen umfängliche Qualifikationszugewinne verschafft. Die Ungleichheit der Ausbildungschancen zwischen Frauen und Männern war in der DDR fast vollständig abgeschafft. Es ist ihr gelungen, den Anteil der nicht beruflich Qualifizierten auf ein Niveau zu reduzieren, das deutlich unter dem der alten Bundesrepublik lag. Trotz relativ rigider Regulierungen und Kontingentierungen erlaubte das System über nachgeholt Abschlüsse und Weiterqualifikationen die Durchsetzung individueller Entwicklungschancen, auch wenn diese häufig durch kollektive Förderungsmaßnahmen initiiert wurden. Das Ziel der fast vollständigen Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotentials hat die DDR zuerst durch Zwang und Druck, dann durch Normsetzung und sozialpolitische Flankierungsmaßnahmen erreicht.

Die Qualifikations- und Arbeitskräftelenkung kann als erfolgreich betrachtet werden, wenn man als Kriterium das hohe Maß an Passung zwischen Ausbildungsberuf und ausgeübtem Beruf zugrunde legt. Dafür spricht außerdem, daß sich auch im späteren Verlauf des Erwerbslebens die Anteile der Unter- und Überqualifizierten in Grenzen hielten. Andererseits spiegelt sich darin auch ein gerütteltes Maß an politischer Gängelung wider. Dies zeigt sich in unseren Befunden zu Bildungs- und Berufsverläufen vor allem darin, daß Aufstiegschancen in starkem Maße an die Mitgliedschaft in der SED und in den Blockparteien geknüpft waren, und zwar überraschenderweise auf allen Niveaus der Berufshierarchie. Dies heißt nicht nur, daß Leistungsorientierung und funktionale Erfordernisse eines modernen Beschäftigungssystems unterminiert wurden. Es heißt auch, daß das Bemühen um Herrschaftssicherung auf dem Wege geforderter politischer Loyalität durch den Klientelismus der Arbeit„geber“ und den Opportunismus der Aufstiegsorientierten tendenziell untergraben und so letztlich ins Gegenteil verkehrt wurde. Daß Nachteile der sozialen Herkunft über das gesamte Erwerbsleben hinweg wirksam blieben, widerspricht eklatant den egalitären Systemzielen.

Das Erstaunliche und Überraschende an den Befunden zu den Arbeitsmarktprozessen ist, wie wenig sie den theoretischen Vorstellungen über einen sozialistischen Arbeitsmarkt entsprechen. Trotz der offensichtlich ganz unterschiedlichen Mechanismen und der massiven wirtschaftspolitischen Interventionen unterscheiden sich die Daten zu den Arbeitsmarktprozessen – beispielsweise im Hinblick auf die durchschnittliche Zahl der Arbeitsplatzwechsel der Männer – wenig von

denen der alten Bundesrepublik¹⁵. Die Häufigkeit zwischenbetrieblicher Wechsel sowie die Tatsache, daß Aufstiege meist mit Betriebswechseln verbunden waren, widersprechen offenkundig der These von Holle Grünert und Burkart Lutz¹⁶, daß sich der Arbeitsmarkt in der DDR hauptsächlich auf innerbetriebliche Umsetzungen beschränkte. Die DDR ist in all diesen Punkten der alten Bundesrepublik so ähnlich, daß der Verweis auf gemeinsame Merkmale von Industriegesellschaften sowie auf gleichartige Auswirkungen der vergleichbaren historischen Ausgangslage beider Gesellschaften naheliegt. So überwiegen im Hinblick auf die Bedeutung beruflicher Ausbildungen und der engen Passung von Berufsausbildung und Beruf deutlich die Ähnlichkeiten zwischen den beiden Systemen und nicht die Unterschiede.

Die überwiegend negativen Antworten auf die Frage, ob der erste Beruf auch dem eigenen Berufswunsch entsprach, sowie der relativ hohe und steigende Anteil horizontaler Arbeitsplatzwechsel weisen jedoch darauf, daß das System der Arbeitskräftelenkung – zumindest aus individueller Sicht – zu Fehlplatzierungen geführt hat, die man dann durch individuelle Mobilitätsanstrengungen sowie zusätzliche Ausbildungen auf dem „zweiten“ Bildungsweg zu kompensieren versuchte.

Auch der Widerspruch zwischen dem verbleibenden kleinen Rest an Unqualifizierten und dem verbleibenden größeren Rest an un- und angelernten Tätigkeiten sowie die stets vorhandenen Tendenzen beruflicher Dequalifizierungen spiegeln die Grenzen dieser Planungsprozesse wider. Dies kommt auch in der auffälligen Diskontinuität der beruflichen Schicksale von Angehörigen verschiedener Generationen zum Ausdruck. So finden wir auf der einen Seite eine Vielfalt von Belegen für die außerordentlichen Qualifizierungs- und beruflichen Aufstiegsprozesse der um 1930 Geborenen, auf der anderen Seite jedoch zahlreiche Indizien für Mobilitätsblockaden und Dequalifizierungsprozesse bei den um 1960 Geborenen. Insbesondere konnten wir belegen, daß die von den älteren Jahrgängen in der Aufbauperiode und der Periode der Kombinarsbildung besetzten Führungspositionen für die Jüngeren blockiert waren¹⁷. Die gezielt

15 Vgl. Johannes Huinink/Heike Solga, Occupational opportunities in the GDR: A privilege of the older generations?, in: Zeitschrift für Soziologie, 23 (1994), S. 237–253.

16 Vgl. Holle Grünert/Burkart Lutz, Transformationsprozeß und Arbeitsmarktsegmentation, in: Hildegard Maria Nickel/Jürgen Kühl/Sabine Schenk (Hrsg.), Erwerbsarbeit und Beschäftigung im Umbruch, Berlin 1994, S. 3–28.

17 Vgl. Karl Ulrich Mayer/Heike Solga, Mobilität und Legitimität. Zum Vergleich der Chancenstrukturen in der alten

herbeigeführte Stagnation im Bereich der höheren Bildungsabschlüsse und der damit verbundenen Berufsperspektiven kam für diese jüngeren Generationen einer Ausgrenzung gleich.

3. Männer und Frauen in Ehe, Familie und Beruf

So sehr die Familie in der DDR auch ein Bereich privaten Rückzugs gewesen sein mag, kann doch kein Zweifel daran bestehen, daß die familiären Entscheidungen und Lebensverhältnisse durch parteiliche Programmatik und staatliche Familien- und Sozialpolitik nachhaltig beeinflußt worden sind¹⁸. Das Regime hat dabei, zumindest seit den sechziger Jahren, sehr viel eher mit Mitteln der Überzeugung und des materiellen Anreizes gearbeitet als mit Mitteln der Disziplinierung und des Zwanges. Insgesamt ging es weniger darum, das programmatische Ziel einer neuen „sozialistischen Familie“ direkt anzusteuern. Familienpolitische Notwendigkeiten wurden vielmehr aus übergeordneten Zielen der Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik abgeleitet.

Die damit verbundene Verhaltenssteuerung über sozialpolitische Anreize hatte durchaus Erfolge zu verzeichnen und führte zu einer so weitgehenden Standardisierung des Verhaltens wie in wohl keinem anderen Lebensbereich, unter anderem deshalb, weil sie auf einer hohen Kongruenz von individuellen Orientierungen mit gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen aufbauen konnte. Man darf sich dabei die Beeinflussungsrichtung zwischen dem Staat und den jungen Männern und Frauen in der Familienbildungsphase nicht zu einseitig vorstellen. Die Individuen haben die sozialpolitischen Angebote auch immer dazu genutzt, ihr eigenen Ziele zu realisieren. So haben junge Männer und Frauen unter anderem geheiratet und Kinder bekommen, um als junge Paare zusammenleben, um in eine eigene Wohnung ziehen zu können oder um als Paar Arbeitsplätze am selben Arbeitsort zu erhalten.

Ferner ist festzuhalten, daß diese Anreizsysteme klare Grenzen in den individuellen Verhaltensprä-

ferenzen fanden und zum Teil auch eindeutig unbeabsichtigte Ergebnisse zeitigten. So konnte in der DDR der Trend des Geburtenrückgangs zwar gestoppt und zum Teil erfolgreich umgekehrt werden, andererseits ist es aber trotz der frühen Ehen und frühen Geburten nicht gelungen, die Kinderzahl pro Familie insgesamt deutlich zu steigern. Das Ideal der 2-Kinder-Familie war eine sozial herausgebildete Norm, die nicht den offiziellen Zielen der Familienpolitik entsprach. Es lag auch keineswegs in der Absicht des DDR-Regimes, daß sich der Anteil nichtehelicher Geburten und die Zahl der Scheidungen erhöhen sollten, auch wenn die besonderen sozialpolitischen Leistungen für alleinstehende Mütter, die durch generelle Erwerbstätigkeit gesicherte ökonomische Unabhängigkeit der Frauen sowie die Kriterien der Wohnungsvergabe diese Tendenzen faktisch unterstützt haben. Anders als im Westen gingen diese Trends nicht mit einem grundlegenden Wertewandel einher, sondern Hand in Hand mit eher traditionellen Einstellungen zu Partnerschaft und Familie.

Insgesamt spricht dies dafür, daß der Staat sich in seiner Familienpolitik weitgehend der schon vorhandenen materiellen und instrumentellen Verhaltensorientierungen seiner Bürger und Bürgerinnen bedient und einen entsprechenden Sozialcharakter vielleicht sogar gefördert hat. Verhaltenssteuerung auf diesem Wege mag effizienter gewesen sein als die alleinige Anwendung von Repression und Gewalt, zumal die Knappheitsbedingungen in der DDR die Genese solcher Orientierungen sicherlich unterstützt haben. Auf der anderen Seite machen die Untersuchungen deutlich, daß die Familie durchaus ihren Eigensinn einer nicht bloß außengesteuerten Lebenssphäre bewahren konnte und daß die Instrumentalisierung familienpolitischer Maßnahmen seitens der Individuen auf einem soliden Fundament emotionaler Bindungen ruhte.

Die politische Konstituierung der privaten Lebenssphäre beinhaltete auch umfassende Gleichstellungsmaßnahmen von Frauen und Männern. Dazu zählen unter anderem die rechtliche Gleichstellung, die Herstellung der Gleichheit der Ausbildungsqualifikationen, die Vollerwerbstätigkeit, die Förderung von Frauen bei der Besetzung von Leitungspositionen, die Minimierung der Folgen und Kosten von geburtenbedingten Erwerbsunterbrechungen, umfassende Dienstleistungen für die Kinderbetreuung im Schul- und Vorschulalter, eine kinderfreundliche Wohnungsvergabe und – nicht zuletzt – die Herstellung einer Gleichheitskultur auf der Ebene offizieller Normen, Werte und Leitbilder. Sie wurden allerdings umfassend

BRD oder: Haben Mobilitätschancen zu Stabilität und Zusammenbruch der DDR beigetragen?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 46 (1994), S. 193–208.

18 Vgl. Johannes Huinink/Michael Wagner, Partnerschaft, Ehe und Familie in der DDR, in: J. Huinink/K. U. Mayer u. a. (Anm. 1), S. 145–188; H. Trappe (Anm. 1), S. 1; Karl Ulrich Mayer, Familie im Wandel in Ost und West am Beispiel Deutschlands, in: Wolfgang Edelstein/Kurt Kreppner/Dietmar Sturzbecher (Hrsg.), Familie und Kindheit im Wandel, Potsdam 1996, S. 13–29; Annemette Sørensen/Heike Trappe, Frauen und Männer: Gleichberechtigung – Gleichstellung – Gleichheit?, in: J. Huinink/K. U. Mayer u. a. (Anm. 1), S. 189–222.

erst ab den siebziger Jahren umgesetzt. Auf diesem Gebiet konnte die Führung der DDR ihre eigenen Zielsetzungen tatsächlich weitgehend realisieren, und man kann hier auch von einem großen Konsens der Bevölkerung mit dieser Gesellschaftspolitik ausgehen.

Dennoch haben diese Maßnahmen nicht zu einer völligen Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern geführt. Defizite zeigen sich vor allem in einer deutlich geringeren Präsenz von DDR-Frauen in Professionen (im Gegensatz zu ihrem überproportionalen Anteil in Semiprofessionen) sowie in höheren Leitungspositionen, in ihren – trotz aller Fördermaßnahmen – schlechteren beruflichen Aufstiegschancen und höheren Abstiegsrisiken, einer geringeren „Belohnung“ von Systemloyalität im Hinblick auf ihren beruflichen Einsatz und – vor allem – einer niedrigeren Vergütung der Arbeitsleistungen, selbst bei gleicher Qualifikation, wozu vor allem eine geschlechtsspezifische Segregation nach Berufen beitrug.

Diese Grenzen der Herstellung von Gleichheit zwischen den Geschlechtern resultierten nicht zuletzt aus weiterhin bestehenden patriarchalischen Einstellungen und Verhaltensweisen im Privatbereich. So nahmen Frauen nach der Geburt von Kindern beispielsweise berufliche Abstiege in Kauf, um ihre Arbeitsbelastung zu reduzieren, da sie in der innerfamiliären Arbeitsteilung weiterhin die Hauptlast an Hausarbeit und Kinderbetreuung zu tragen hatten¹⁹. Dies führte zu einer Institutionalisierung von „Ausfallzeiten“ für Frauen, mit denen die Betriebe mit hoher Sicherheit zu rechnen hatten, was sich wiederum negativ auf die Frauen eingeräumten beruflichen Entwicklungschancen ausgewirkt hat.

4. Persönliche Netzwerke: „Kollektiv“, „Vitamin B“ oder „Nische“?

Die Einschätzungen zu Ausmaß, Intensität und Eigenart informeller Beziehungen haben für die Deutung der DDR-Sozialstruktur eine Schlüssel-funktion²⁰. Sie gelten in vielfacher Weise als „Puffer“ gegen die Zumutungen und Mißstände der formalen Strukturen: als Rückzugsraum zur Ausbildung persönlicher Vertrauensbeziehungen, als Medium zur Herstellung von Öffentlichkeit und

als Kanäle zur Versorgung mit denjenigen Gütern und Diensten, die ansonsten schwer erhältlich waren. Die in den Untersuchungen sichtbare Vermengung von emotionalen und instrumentellen Rationalitäten in den meisten Beziehungen gibt Anlaß, vor überzogenen und plakativ zugespitzten Deutungen – wie etwa der Charakterisierung durch Ilja Srubar²¹ als „unmodern“ – zu warnen. Die intensiven und bedeutungsreichen persönlichen Beziehungen und wechselseitigen Unterstützungsleistungen, vor allem im engeren Familienbereich (einschließlich der Eltern und Schwiegereltern) und am Arbeitsplatz, passen weder umstandslos in das Deutungsschema des privatistischen Rückzugs aus einer repressiven und von Mißtrauen erfüllten öffentlichen Sphäre noch in das Deutungsschema primär instrumenteller Tauschbeziehungen zum Ausgleich von Versorgungsdefiziten.

Unterschiede zu westlichen Netzwerken lassen sich zunächst eher auf unterschiedliche sozialstrukturelle Bedingungen zurückführen. Die für den einzelnen zweifellos bedeutsamen „Arbeitskollektive“ reflektieren demnach sowohl die häufigere Verbreitung und größere Bedeutung von eher tradierten, im Sozialismus aber symbolisch aufgewerteten Formen gruppenförmiger Arbeitskooperativen als auch die Tatsache langer täglicher Arbeitszeiten, des Fehlens von Konkurrenz und Leistungsdruck sowie der Arbeitsplatzsicherheit. Die engeren, auch instrumentell wichtigen Familienbeziehungen zwischen Generationen spiegeln ferner den großen Ausschnitt an Lebenszeit wider, der in Familien mit Kindern verbracht wurde, den altersmäßig engeren Generationenabstand, aber auch den Mangel an alternativen, nicht organisierten Gesellungsformen. Daß in einer Wirtschaft mit Versorgungsknappheiten im privaten und betrieblichen Bereich die Fähigkeit zu instrumenteller „Beziehungsarbeit“ ein besonderes Gewicht hat, stellt die emotionale Qualität dieser Beziehungen nicht in Frage. Damit erweisen sich die persönlichen Netzwerke in der DDR nicht als „vormodern“, das heißt durch Tradition und ökonomische Rationalität determiniert, sondern als weniger „individualisiert“ im Vergleich zur Bundesrepublik, das heißt: als deutlicher durch betriebliche und familiäre Gemeinschaften vorgegeben. Im Verein mit der oben beschriebenen „Multifunktionalität“ der Betriebe war die institutionelle Einbindung der Individuen demnach noch stärker mit

19 Vgl. Sibylle Meyer/Eva Schulze, Familie im Umbruch. Zur Lage der Familien in der ehemaligen DDR, Stuttgart 1992.

20 Vgl. Martin Diewald, „Kollektiv“, „Vitamin B“ oder „Nische“? Persönliche Netzwerke in der DDR, in: J. Hui-nink/K. U. Mayer u. a. (Anm. 1), S. 223–260.

21 Vgl. Ilja Srubar, War der reale Sozialismus modern?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43 (1991), S. 415–432.

direkten Sozialbeziehungen verwoben als in westlichen Gesellschaften.

Informelle Austauschbeziehungen hatten übrigens insgesamt in geringerem Maße eine Korrektivwirkung auf arbeitsmarktvermittelte Ungleichheiten als gemeinhin angenommen. Es ist eher so, daß sie berufshierarchisch und politisch bedingte Vorteile noch verstärkten. Für die Generationsgeschichte der DDR verdient schließlich die folgende Beobachtung Aufmerksamkeit: Sowohl für Anerkennung als auch für die Beschaffung von alltäglichen Gebrauchsgütern oder Materialien wurden Vorgesetzte von Generation zu Generation immer weniger wichtig, Freunde jedoch zunehmend wichtiger. Im Verein mit der schon vor der Wende einsetzenden Verzögerung beziehungsweise Vermeidung der Familienbildung in den jüngeren Generationen deutet sich hierin eine Aufweichung der bisherigen Vergemeinschaftungsformen bereits vor der Wende an.

5. Soziale Ungleichheiten: die feinen, aber deutlichen Unterschiede

Die Behauptung „deutlicher“ sozioökonomischer Ungleichheiten zur Endzeit der DDR muß provozierend wirken, steht sie doch in schroffem Gegensatz nicht nur zu dem, was die offizielle Gesellschaftsdeutung propagierte, sondern auch zu dem, worüber sich interne und externe Beobachter überraschend einig waren und sind: Die DDR sei eine sozial homogene Gesellschaft gewesen²². So gab es sogar innerhalb der DDR eine politisch hoch kontroverse Debatte darüber, daß die Unterschiede in den Arbeitseinkommen zu gering wären, um noch hinreichend als Leistungsanreize wirken zu können²³.

Zunächst einmal zeigt jedoch die Differenzierung materieller und kultureller Lebensführung, daß in der DDR – neben der Partielite – zumindest am Ende der achtziger Jahre drei sehr ungleiche Klassenlagen unterschieden werden müssen: die der Leitungskader und hochqualifizierten Dienstklassenangehörigen (ohne Leitungsfunktionen) mit einer deutlich privilegierten Position an der Spitze, die der un- und angelernten Arbeiter und einfachen Angestellten am unteren Ende der Gesellschaftshierarchie und dazwischen die der sehr gro-

ßen Gruppe der qualifizierten Arbeiter und Angestellten, wobei auch innerhalb dieser Gruppe deutliche Differenzierungen nachgewiesen werden konnten. Dies gilt trotz des Faktors der Westdevisen, in deren Besitz sich diese Gruppen nicht deutlich unterschieden und an die Funktionäre sogar eher schlechter herankamen, da sie ganz überwiegend keine Westkontakte pflegen durften.

Unsere Behauptungen zur sozialen Ungleichheit in der DDR erscheinen auch deshalb so problematisch, weil sie wie eine plumpe antikommunistische Ideologie wirken könnten. Es sieht so aus, als ob hier das wenige, was an der DDR als Positivum unumstritten ist, nun auch noch bestritten werden soll. Wie kommt es zu diesen widersprüchlichen Interpretationen?

Zum ersten suggeriert das im Vergleich zur Bundesrepublik meist niedrigere absolute Niveau des Lebensstandards zugleich einen geringen Grad sozioökonomischer und soziokultureller Differenzierung innerhalb der DDR, der in dieser Allgemeinheit nicht bestätigt werden kann. Zum zweiten waren der sichtbaren Demonstration von Statusunterschieden nach außen – beispielsweise bei der Kleidung, bei Wohnungen oder Autos – enge Grenzen gesetzt. Andererseits bleibt unstrittig, daß die Nettoarbeits- und Haushaltseinkommen in der alten Bundesrepublik ungleicher verteilt waren als in der DDR – vor allem in den höheren Einkommensbereichen. Das SED-Regime hat die Gleichheitsnorm durchaus ernst genommen sowie große und teilweise erfolgreiche Anstrengungen unternommen, diese Norm einzulösen. Um so bemerkenswerter sind dann allerdings die verbliebenen sozialen Ungleichheiten.

Damit stellt sich die Frage, welche kausalen Mechanismen für diese verbleibenden Differenzierungen verantwortlich waren und wie diese einzuschätzen sind. Unsere Untersuchungen stützen vier Interpretationen. Erstens hat die sozialistische Gesellschaft der DDR nicht die universale Tendenz von Familien außer Kraft setzen können, ihre Ressourcen dafür zu verwenden, den eigenen Kindern möglichst vorteilhafte Lebenschancen zu sichern. Zweitens mußten auch in der DDR funktionale Qualifikationserfordernisse und -differenzierungen der Wirtschaft berücksichtigt und durch Belohnungsdifferenzen honoriert werden. Ein Vergleich zwischen den Professionen, Selbständigen und un- und angelernten Arbeitern liefert dafür gute Belege. Drittens hat die sozialistische Gesellschaftsstruktur für sich spezifische Formen von Ungleichheit hervorgebracht. Dazu zählen die an politische Machtteilhabe geknüpften Vorteile,

22 Vgl. Martin Diewald/Heike Solga, Soziale Ungleichheit in der DDR: Die feinen, aber deutlichen Unterschiede am Vorabend der Wende, in: J. Huinink/K. U. Mayer u.a., (Anm. 1), S. 261–305.

23 Vgl. Manfred Lötsch, Sozialstruktur und Wirtschaftswachstum. Überlegungen zum Problem sozialer Triebkräfte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, in: Wirtschaftswissenschaft, 29 (1981), S. 56–69.

die sich aus den typischen Versorgungsknappheiten ergebenden informellen Tauschverhältnisse und der besondere Wert von Devisen und Waren geschenken aus dem Westen. Schließlich, viertens, haben sich traditionelle Differenzierungen berufsständischer und bildungsbürgerlicher Provenienz zwar abgeschwächt, aber in Resten dennoch erhalten können.

IV. Kollektiv und Eigensinn – Der Beitrag von Lebensverlaufsstudien zur theoretischen Deutung der Gesellschaftsstruktur der DDR

Wir haben zu zeigen versucht, daß die Rekonstruktion der Sozialstruktur der DDR auf der Grundlage von Lebensverläufen ausgewählter Geburtsjahrgänge einen wichtigen Beitrag zum Verständnis dieser Gesellschaftsordnung leisten kann, indem sie detaillierte Erklärungen der Mobilität zwischen den Generationen und im Verlauf des Arbeitslebens, der Familienentwicklung und der Geschlechterverhältnisse sowie kollektiver Generationsschicksale ermöglicht mit – wenn auch nur indirekt möglichen – Rückschlüssen auch auf Handlungsorientierungen und Handlungsfolgen. Hinsichtlich der eingangs skizzierten Kontroversen beziehungsweise des bisherigen Konsenses über die theoretische Deutung der Gesellschaftsordnung der DDR wollen wir folgendes Resümee ziehen:

Ergebnis der durchgreifenden sozialistischen Umgestaltung war eine Gesellschaftsordnung eigenen Typs. Daher ist der theoretische Versuch, sie in die Normalität entwickelter industrieller Gesellschaften oder in ein Modernisierungskontinuum einzuordnen, eher irreführend. Im Gegensatz zu den politischen, ökonomischen und kulturellen Institutionen sowie der Öffentlichkeit war die in den Lebensverläufen sichtbar werdende Sozialstruktur zwar sicherlich politisch konstituiert und stark reguliert, aber nicht durchgängig diktatorisch durchherrscht und gegängelt. Ebenso wie die beabsichtigten und erfolgreich realisierten Zielsetzungen gehörten auch die unbeabsichtigten Folgen politischer Maßnahmen zur DDR-Realität. In ihnen spiegelte sich die Verwirklichung individueller Lebensziele und -vorstellungen wider. Die DDR-Bürger und -Bürgerinnen waren keine passiv beherrschten Objekte, sondern Subjekte, die neben äußerer Disziplinierung auch durch Überzeugung und materielle Anreize sozial integriert

wurden. Seit den sechziger und siebziger Jahren erfolgte die Prägung von Lebensverläufen weniger durch Repression und Zwang als vielmehr durch die bewußte Gestaltung von Handlungsanreizen.

Die DDR war weder eine klassenlose noch eine egalitäre Gesellschaft, sie war nur im Vergleich zur Bundesrepublik eine egalitärere Gesellschaft. Ihre größten Erfolge in dieser Hinsicht hat sie in der Gleichstellung von Frauen und Männern erzielt, wenn sie auch keine faktische Gleichheit in den Lebenschancen erreichte. In den Lebensbedingungen wurde durch die subventionierte Grundversorgung bei gleichzeitig eingeschränkten Chancen, darüber hinausgehende Konsumbedürfnisse zu befriedigen, zwar eine Nivellierung erreicht, aber sowohl in den Einkommen als auch in den Lebensbedingungen blieb die DDR als eine deutlich vertikal differenzierte Drei-Klassen-Gesellschaft zu erkennen. Diese Differenzierung fußte unbestreitbar auf Leistungskriterien und entsprechenden Institutionen, wie sie für Industriegesellschaften kennzeichnend sind. Ebenso deutlich wurden diese Kriterien jedoch durch politische Loyalitätskriterien, eine zunehmende Vererbung von Klassenlagen und eine dirigistische Arbeitsmarktlenkung in ihrer Bedeutung eingeschränkt und teilweise konterkariert.

Die DDR war in einem ganz eklatanten Maß durch Diskontinuitäten geprägt: durch die Wanderungsbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg, die Fluchtbewegung vor dem Mauerbau sowie durch zum Teil relativ scharfe Politikwechsel. Dies schlug sich nieder in ungewöhnlich starken Unterschieden von Lebenschancen und -bedingungen zwischen den Generationen. Die DDR-Sozialgeschichte ist deshalb in besonderem Maße durch die unterschiedlichen Erfahrungen aufeinanderfolgender Generationen zu verstehen. So wurde der Zusammenbruch der DDR zumindest gefördert durch die deutlich verschlechterten Ausbildungs- und Berufschancen der jüngeren Geburtsjahrgänge. Zu den inneren Ursachen für die Instabilität des SED-Regimes zählen auch die durch sozialpolitische Leistungen nur zeitweilig „erkaufbare“ Legitimität des Systems und der Umstand, daß das Regime es nicht mehr wagte, diese Leistungen der verminderten ökonomischen Leistungsfähigkeit anzupassen.

Für die theoretische Deutung der Sozialstruktur der DDR sind die Metaphern von Kollektiv und Eigensinn gleichermaßen gültig. Die Ambivalenz von Sicherheit und Kontrolle, Entlastung und Einschränkung, Einbindung und Enge sowohl in den

persönlichen Beziehungen als auch in der institutionellen Einbindung entzieht sich einfachen und insbesondere politisch-ideologisch einseitigen Deutungen. Die Lebensverläufe der Frauen und Männer in der DDR waren kollektiv geprägt, nicht nur durch von oben und außen gesetzte Bedingungen, sondern auch auf der Basis innerer Orientierungen. Diese unterlagen zwar in größerem Maße kollektiven Prägungen als in Westdeutschland, dürfen jedoch nicht mit der Vorstellung einer traditionellen, vormodernen Gesellschaft verwechselt werden. Weder gab es einen unmittelbaren Zugriff sozialer Kollektive auf die individuelle Privatsphäre, noch konnte der Staat darauf verzichten, zur Verwirklichung seiner Ziele Anreizstrukturen zu schaffen, die auf die Verfolgung individueller Lebensziele gerichtet waren – mit dem Risiko auch unbeabsichtigter Folgewirkungen. Die Lebensverläufe waren deshalb immer wieder auch Ausdruck eigensinniger Handlungsziele. Am deutlichsten wurde dies im Bereich der Familie und von persönlichen Netzwerken, aber auch in der Gestaltung von Berufskarrieren.

Was bedeutet dies nun für das „Gepäck“, mit dem die DDR-Bürger die Reise ins vereinigte Deutschland angetreten haben? Zunächst ist es wichtig darauf hinzuweisen, daß die den Institutionen der DDR angelasteten Mängel fehlender Flexibilität, Steuerungsfähigkeit und Rationalität nicht umstandslos zu Vermutungen über Handlungsrationitäten und -kompetenzen der Bürger der DDR umgemünzt werden dürfen. Es spricht viel dafür, daß vor allem die Prägung über ein leistungs- und berufsorientiertes Schul- und Ausbildungssystem Rationalitäten ausgeprägt hat, die auf eine an der „Berufsidee“ (Max Weber) orientierte Methode der Lebensführung hinweisen, wenn auch weniger an den Anforderungen eines riskanten Arbeitsmarkts ausgerichtet. Unsere Untersuchungen haben dafür in den verschiede-

nen Lebensbereichen mehr Belege gefunden, als der eingangs zitierte Konsens gemeinhin zugesteht. Charakterisierungen der DDR als „unmodern“, „ständisch“ oder „traditional“ greifen deshalb zumindest dann zu kurz, wenn sie verabsolutiert werden.

Allerdings haben die Institutionen der DDR als konkrete Handlungsumwelten Orientierungen und Kompetenzen gefördert, die sich in einigen Punkten deutlich von denjenigen in der Bundesrepublik unterscheiden. Die Bürger der DDR haben in ihrer Lebensgestaltung weniger mit unübersichtlichen Strukturen, schwer abwägbaren Optionen und Gefahren der Ausgrenzung zu kämpfen gehabt als mit Knappheit und dirigistischer Lenkung. Die Verfolgung eigener Lebensziele hatte in höherem Maße ein Sichzurückziehen aus formalen Arbeitszusammenhängen nahegelegt als die aktive Gestaltung derselben. Vertrauen in einzelne Personen war wichtiger, und die Abhängigkeit von sozialen Netzwerken war damit höher. Dies schlug sich in einer anderen Erfahrung des Verhältnisses zwischen persönlicher Autonomie und sozialer Einbindung nieder, in dem Kollektive sowohl im Hinblick auf Entlastung und Solidarität als auch im Hinblick auf Kontrolle eine größere Bedeutung hatten.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist noch offen, inwieweit die Erfahrungen der Ostdeutschen im Vereinigungsprozeß dafür sprechen, daß sich das Ausmaß an Fremdbestimmung und Abhängigkeit wirklich vermindert und sich die Hoffnungen auf ein größeres Maß an Entfaltungschancen und Selbstbestimmung erfüllt haben. Die gegenwärtige Lage von hohen, schicksalhaft erlebten Arbeitsmarktrisiken im Kontrast zu den beschriebenen DDR-Erfahrungen läßt die Ambivalenz von Freiheit und Freisetzung, bzw. von „Freiheit von“ und „Freiheit für“ (Karl Marx) besonders scharf hervortreten.

Heike Solga

Klassenlagen und soziale Ungleichheit in der DDR

„Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist für immer beseitigt. Was des Volkes Hände schaffen, ist des Volkes Eigen“ (Artikel 2 Abs. 3 der Verfassung der DDR vom 6. April 1968).

I. Vorbemerkungen

Die DDR war eine Gesellschaft, in deren Selbstthematisierung die Beseitigung sozialer Unterschiede eine entscheidende Rolle spielte. Dies war nicht nur aus ideologischen Gründen erforderlich, bestand doch ihre essentielle Zielsetzung darin, den Übergang in die kommunistische, klassenlose Gesellschaftsordnung vorzubereiten. Für die DDR ergab sich dieser Anspruch – im Unterschied zu den anderen sozialistischen Ländern – darüber hinaus aus einer besonderen nationalen Spezifik. Nur wenn es ihr gelang, sich grundlegend von der Bundesrepublik zu unterscheiden, konnte sie ihre Existenz als eigenständiger „deutscher Staat“ legitimieren. Insofern verwundert es nicht, daß in der gesamten Gesetzgebung der DDR (z. B. die Verfassung, das Bildungs-, Arbeits- und Familiengesetz der DDR) immer wieder die Realisierung sozialer Gleichheit betont wurde.

Hierbei blieb es keineswegs nur bei Lippenbekenntnissen. Erinnert sei an die weitreichende Subventionierung lebensnotwendiger Güter und Leistungen (wie Miete, Verkehrsmittel, Grundnahrungsmittel, Kinderbekleidung etc.), die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems durch die Einheitsschule, die besondere Förderung von Arbeitern und Bauern auf den „Arbeiter- und Bauern-Fakultäten“ oder deren Bevorzugung beim Zugang zu weiterführenden Bildungseinrichtungen in den sechziger Jahren sowie die gezielte Förderung von Frauen. Daher überrascht es zunächst nicht, daß in der öffentlichen Meinung – selbst bei einer kritischen Sicht auf das DDR-Regime – die allgemeine Einschätzung vorherrscht(e), daß es der DDR gelungen sei, eine weitgehende Anglei-

chung der Lebensverhältnisse ihrer Bürger und Bürgerinnen durchzusetzen (abgesehen von den Exklusivitäten der Partielite). Auch in der soziologischen Diskussion wird überwiegend diese *soziale Entdifferenzierung* der DDR-Gesellschaft thematisiert. Freilich wird reflektiert, daß es ein Machtgefälle zwischen der Partielite und dem Volk gegeben habe. Die Beschreibung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung erfolgt jedoch vor allem mit Begriffen wie „klassenlose Gesellschaft“¹ oder „Nivellierung sozialer Lagen“².

Ziel dieses Beitrages ist es im Unterschied dazu, ausgehend von dem Selbstanspruch sozialistischer Gesellschaften zu untersuchen, ob es in der DDR wirklich eine Gleichverteilung von Lebenschancen und materiellem Wohlstand gegeben hat (abgesehen von der Sonderstellung der Partielite) – oder ob hier nicht doch gravierende soziale Unterschiede existierten, und wenn ja, welche Ursachen dafür verantwortlich waren. Das heißt: Hält das Bild sozialer Gleichheit, wie es die oben aufgeführten Phänomene der Subventionen oder der Einheitsschule suggerieren, auch einem genaueren Blick „hinter die Kulissen“ stand? Spätestens mit der deutschen Wiedervereinigung sind Zweifel anzumelden, ist doch offensichtlich, daß die Ostdeutschen mit äußerst ungleichen Ressourcen den Weg ins vereinte Deutschland angetreten haben. Es ist naheliegend zu vermuten, daß es *nicht zufällig* war bzw. ist, wer nach 1989 eher gute Erwerbschancen hat(te) und wer nun eher die Risiken zu tragen hat(te)³. Vielmehr ist davon auszugehen,

1 Vgl. Sigrid Meuschel, Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft, 19 (1993) 1.

2 Vgl. Rainer Geißler, Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Einleitende Bemerkungen, in: ders. (Hrsg.), Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen 1993; Manfred Lötsch, Konturen einer Theorie der Sozialstruktur, in: Berliner Journal für Soziologie 1 (1991) 2.

3 Vgl. Karl Ulrich Mayer/Heike Solga/Martin Diewald, Kontinuitäten und Brüche in den Erwerbs- und Berufsverläufen nach der deutschen Vereinigung, Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW), Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF), Fachtagung, Halle, 16. – 17. 11. 1995 (i.E.).

daß die in der DDR gewachsenen Strukturen in die Gegenwart der neuen Bundesländer hineinreichen. Insofern könnten die deutlichen Differenzen in den Erwerbchancen nach 1989 signalisieren, daß es bereits in der DDR-Gesellschaft markante soziale Unterschiede gegeben hat.

Im ersten Teil des Artikels wird daher versucht, wesentliche strukturelle Ursachen sozialer Ungleichheit in der DDR-Gesellschaft zu lokalisieren, und insbesondere der Klassen- bzw. klassenlose Charakter der DDR-Gesellschaft hinterfragt. Im zweiten Teil wird untersucht, inwieweit die hieraus abgeleiteten Klassenlagen Handlungsrelevanz besessen haben. Mit anderen Worten: Waren die „privilegierten Klassenlagen“ der DDR-Gesellschaft derart mit Vorteilen gegenüber den anderen Klassen ausgestattet, daß sie an einer Vererbung der Klassenzugehörigkeit an ihre Kinder interessiert waren und den „externen“ Zugang durch Kinder anderer Klassenherkunft möglichst verhindern wollten? Und hatten sie auch die Ressourcen, dies tatsächlich zu verhindern? Ferner sollen mit Hilfe einiger Beispiele Unterschiede zwischen den Klassen in bezug auf das materielle und kulturelle Lebensniveau veranschaulicht werden.

Grundlage der vorgestellten Ergebnisse sind 2 323 Interviews mit ostdeutschen Männern und Frauen, die vier Geburtsjahrganggruppen (Kohorten) angehören (1929–1931, 1939–1941, 1951–1953 und 1959–1961). Da die Berufsausbildung, der Berufseinstieg und eine erste Etablierung im Erwerbssystem der Angehörigen dieser vier Geburtskohorten zu unterschiedlichen Zeiten erfolgten, repräsentieren ihre Lebenschancen und -bedingungen die jeweiligen Optionen der Lebensgestaltung in den verschiedenen Entwicklungsphasen der DDR-Gesellschaft (1929–1931: fünfziger Jahre, 1939–1941: sechziger Jahre, 1951–1953: siebziger Jahre und 1959–1961: achtziger Jahre). Die Interviews wurden 1991/92 im Rahmen des Projekts „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR“ am Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung durchgeführt⁴. In diesen Interviews haben die Befragten sehr ausführlich über ihre Lebensverläufe berichtet, das heißt über ihre Eltern und Geschwister, ihre Schulzeit, ihre Ausbildung, ihr gesamtes Berufs- und Familienleben sowie ihre gesellschaftlichen und kulturellen Aktivitäten.

4 Vgl. Heike Solga, Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, in: ZA-Information, (1996) 38 (Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung, Köln).

II. Die Klassenlagen der DDR-Gesellschaft

Für die Analyse struktureller Ursachen sozialer Ungleichheit in der DDR ist die Marxsche Klassentheorie von besonderem Interesse. Zum einen versuchte sich das Experiment „Sozialismus“ gerade durch diese Theorie zu legitimieren, trat es doch mit dem Anspruch an, dessen Grundideen einer klassenlosen Gesellschaft in die gesellschaftliche Praxis umzusetzen. Zum anderen liegt es nahe, sich der Marxschen Klassentheorie zu bedienen, um die Widersprüchlichkeit der „sozialistischen Eigentumsverhältnisse“ der DDR-Gesellschaft zu hinterfragen. Diese Vorgehensweise kann zum einen auf die theoretischen Arbeiten von Erik O. Wright und John E. Roemer zurückgreifen⁵. Zum anderen ermöglicht sie, die Diskussion, die in den staatssozialistischen Gesellschaften – vertreten durch George Konrad und Ivan Szelenyi, Milovan Djilas, Jacek Kuron und Karol Modzelewski sowie Michael Voslensky – selbst stattgefunden hat⁶, fortzusetzen. Aus Platzgründen muß im Rahmen dieses Beitrages auf eine theoretische Diskussion sowie systematische Ableitung der Klassenlagen verzichtet werden⁷. An dieser Stelle können nur die grundlegenden Überlegungen zur Klassenstruktur der DDR-Gesellschaft vorgestellt werden.

Ausgangspunkt der Überlegungen zum Klassencharakter staatssozialistischer Gesellschaften ist die Frage nach dem Charakter des *gesellschaftlichen Eigentums*: Bei näherer Betrachtung dieser Gesellschaften und ihrer Funktionsweise ist festzustellen, daß sich das gesellschaftliche Eigentum nicht als Volkseigentum, sondern als *staatliches Eigentum* realisierte. Es gehörte „denjenigen gesellschaftlichen Gruppen, denen der Staat gehört ... Die politische Macht verbindet sich so

5 Vgl. Erik O. Wright, Class and Occupation, in: Theory and Society, 9 (1980) 1; John E. Roemer, A General Theory of Exploitation and Class, Cambridge (USA) 1982; ders., New Directions in the Marxian Theory of Exploitation and Class, in: Politics & Society, 11 (1982) 3.

6 Vgl. Milovan Djilas, The New Class: An Analysis of the Communist System, New York 1957; George Konrad/Ivan Szelenyi, The Intellectuals on the Road to Class Power. A Sociological Study of the Role of the Intelligentsia in Socialism, New York 1979; Jacek Kuron/Karol Modzelewski, Monopolsozialismus, Hamburg 1969; Michael Voslensky, Nomenklatura. Die herrschende Klasse in der Sowjetunion, München – Wien 1980.

7 S. hierzu ausführlich Heike Solga, Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin 1995.

mit der Macht über den Produktions- und den Verteilungsprozeß.⁸ In diesem Sinne „stellte das juristisch-fixierte Volkseigentum nur ein formales Verhältnis dar, das keine konkreten individuellen Verfügungsrechte begründete“. Die tatsächlichen Verfügungsrechte besaß „eine politisch weisungsberechtigte Klasse, die im Namen der Gesellschaft faktisch über die Volkswirtschaft verfügte und die Subsistenzmittel der einzelnen Gruppen verteilte“⁹. Die Eigentümerprivilegien dieser Klasse manifestierten sich in dem exklusiven Recht, über die Verteilung des produzierten Nationaleinkommens, die Höhe der Löhne, die wirtschaftliche Entwicklung und schließlich über die Verwendung des staatlichen und weitgehend auch des existierenden Privateigentums entscheiden zu können¹⁰. „Die Liquidierung des Privateigentums und seine Umwandlung in sozialistisches Eigentum stellte daher nichts anderes dar als die Übergabe des gesamten Vermögens eines Landes an die herrschende Klasse der Nomenklatura . . . Sie ist der kollektive Unternehmer im Realsozialismus.“¹¹

Definiert man *Eigentum* als die „Fähigkeit, den Zugang zu bestimmten ökonomischen Ressourcen kontrollieren zu können“¹², dann ist eine wesentliche strukturelle Ursache sozialer Ungleichheit in staatssozialistischen Gesellschaften in der Entscheidungsmacht über die Verteilung und Nutzung der Produktionsmittel sowie der produzierten Güter und Leistungen zu suchen. Uneingeschränkte Kontrolle, Partizipationsmöglichkeiten an oder Ausschluß von dieser redistributiven Macht (und darüber vermittelt der Zugang zu Teilen des produzierten Reichtums) werden durch den Besitz bzw. Nicht-Besitz an politischer, ökonomischer und/oder technokratischer Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel¹³ bestimmt. Technokratische Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel wird hierbei ebenfalls relevant, da es mit ihrer Hilfe gelingt, sich aufgrund von exklu-

sivem Wissen oder von organisatorischen Befugnissen einen privilegierten Anteil des gesellschaftlichen Reichtums anzueignen. Generell gilt – wie in kapitalistischen Klassengesellschaften – auch hier: Wer entscheidet, was und wie produziert wird, der besitzt auch die Entscheidungsmacht darüber, wie dieser produzierte Reichtum verteilt wird. Aus dem Blickwinkel des Ausbeutungsmechanismus der DDR-Gesellschaft heißt das: Wer politische, ökonomische und/oder technokratische Verfügungsgewalt besaß oder zumindest an ihnen partizipieren konnte, der konnte sich auch einen privilegierten Anteil am produzierten Reichtum aneignen, der damit denjenigen, die weder diese Verfügungsgewalten besaßen noch an ihnen partizipieren konnten, diesen Reichtum jedoch produzierten, verwehrt blieb. Damit gestalteten sich auch in der DDR die Verhältnisse zwischen den Klassen als Beziehungen, in denen das Wohlergehen der einen Klasse in kausalem Zusammenhang zum Schlechtergehen der anderen Klasse(n) stand¹⁴.

Die unterschiedlichen Eigentumsformen, die in der DDR existiert haben, definierten den Zugang zu entsprechenden Verfügungsgewalten für ihre Eigentümer sowie den gleichzeitigen Ausschluß der Nichteigentümer. Insofern entwickelten sich die Klassenlagen in der DDR-Gesellschaft aus dem Nebeneinander von staatlichem, genossenschaftlichem und privatem Eigentum, wobei das staatliche Eigentum alle anderen Eigentumsformen dominierte. Folgt man diesen Überlegungen, dann definiert sich der Klassencharakter der DDR-Gesellschaft nicht nur durch bürokratische Macht (wie bei Jacek Kuron in Anlehnung an Max Weber), auch nicht nur durch funktionale Unterschiede (wie in der Intelligentsia-Diskussion bei George Konrad und Ivan Szelenyi in Anlehnung an den Klassenbegriff von Joseph A. Schumpeter), sondern durch *bürokratische Herrschaftsmacht plus Verfügung über die Produktionsmittel und den Ausschluß der anderen Klassen davon*. Eine schematische Darstellung des Zusammenhangs von Klassenlagen, Eigentumsformen und Verfügungsgewalten geben die folgenden Abbildungen 1 und 2¹⁵.

8 J. Kuron/K. Modzelewski (Anm. 6), S. 11.

9 Jakow Abramowitsch Kronrod, Die Gesetze der politischen Ökonomie des Sozialismus (Zakony politiceskoj ekonomii sozializma), Moskau 1966, zit. in: René Ahlberg, Der Mythos der sozialen Gleichheit im Sozialismus, in: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, 31 (1981) 11, S. 970.

10 Vgl. M. Voslensky (Anm. 6), S. 44 f.

11 Ebd., S. 214.

12 Aage Sørensen, Concluding Essay: Class, Status and Power, in: David B. Grusky (Hrsg.), Social Stratification. Class, Race and Gender in Sociological Perspective, Boulder 1994, S. 5 (Übers. v. H.S.).

13 Diese Unterscheidung basiert auf dem Wrightschen Konzept der Differenzierung des Eigentums an Produktionsmitteln in unterschiedliche Eigentümerfunktionen. Vgl. E. O. Wright (Anm. 5).

14 Vgl. J. E. Roemer (Anm. 5).

15 Die theoretischen Grundideen dieses Klassenmodells basieren auf den Arbeiten von E. O. Wright (Anm. 5); ders., Was bedeutet neo und was heißt marxistisch in der neo-marxistischen Klassenanalyse?, in: Hermann Strasser/John H. Goldthorpe (Hrsg.), Die Analyse sozialer Ungleichheit: Kontinuität, Erneuerung, Innovation, Opladen 1985, und Szonja Szelenyi, Social Mobility and Class Structure in Hungary and the United States, Dissertation, University of Wisconsin, Madison 1988.

Abbildung 1: Die Klassenstruktur der DDR-Gesellschaft („hierarchische“ Ordnung)

<i>Dominierende Produktionsweise</i>		<i>Untergeordnete Produktionsweise</i>	
Staatliches Eigentum	Genossenschaftliches Eigentum (ab 1952)	Kleines Privateigentum	Kapitalistisches Privateigentum
Parteielite ¹			Betriebseigentümer ¹ (bis 1972)
Administrative Dienstklasse ²			Bürgerliche Dienstklasse ²
Operative Dienstklasse ²	Dienstklasse des genossenschaftlichen Eigentums ²	Selbständige ¹	
	PGH-Handwerksmeister ¹	Selbständige Kleinbauern ¹ (bis 1961)	
	Genossenschaftsbauern ¹		
Sozialistische Arbeiterklasse ¹			

1 reine Klassenlagen, 2 widersprüchliche Klassenlagen; PGH = Produktionsgenossenschaft des Handwerks.

Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 2: Verfügungsgewalten der einzelnen Klassenlagen

Klassenlagen	Verfügungsgewalt			Empirische Verteilung 1989 in den untersuchten Kohorten in Prozent (MPI-Lebensverlaufsstudie)
	politische	ökonomische	technokratische	
<u>Dominierende Produktionsweise</u>				
<i>Klassenlagen des staatlichen Eigentums</i>				
Parteielite	+	+	+	-
Administrative Dienstklasse	o	o	+	0,7
Operative Dienstklasse	-	-	+	19,1
- Leitungskader				(7,1)
- Professionen				(12,0)
Sozialistische Arbeiterklasse	-	-	-	73,6
- Qualifizierte Arbeiterklasse				(56,0)
- Unqualifizierte Arbeiterklasse				(17,6)
<i>Klassenlagen des genossenschaftlichen Eigentums</i>				
Dienstklasse des genossenschaftlichen Eigentums	-	(o)	+	0,3
Genossenschaftsbauern	-	(o)	-	3,9
PGH-Handwerksmeister	-	(o)	o	0,1
<u>Untergeordnete Produktionsweise</u>				
<i>Klassenlagen des kleinen Privateigentums</i>				
Selbständige	-	+	o	2,0
Selbständige Klein- und Mittelbauern	-	+	-	0,1
<i>Klassenlagen des privatkapitalistischen Eigentums</i>				
Betriebseigentümer	-	+/o	+	-
Bürgerliche Dienstklasse	-	-	+	0,2

+ vollständig, o partiell, - keine, (o) partiell in bezug auf „genossenschaftlich“; MPI = Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin.

Quelle: Eigene Darstellung.

Dabei ist zu unterscheiden zwischen „dominierender Produktionsweise“ mit staatlichem und genossenschaftlichem (ab 1952) Eigentum und „untergeordneter Produktionsweise“ mit sogenanntem kleinen und kapitalistischen Privateigentum (bis 1972).

1. Dominierende Produktionsweise und Klassenlagen

- Zur „Parteielite“ (der herrschenden Klasse) gehörten die Angehörigen des Parteiapparates im engeren Sinne (Sekretäre, Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees der SED, Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, Leiter der Abteilungen des ZK der SED, erste Sekretäre der SED-Bezirksleitungen sowie die Mitglieder der obersten Führungsgremien der parteiabhängigen Massenorganisationen)¹⁶.
- In den Positionen der „Administrativen Dienstklasse des staatssozialistischen Planungssystems“ befanden sich die Nomenklaturkader der administrativen Ebene des Planungssystems (Volkskammer, Staatsrat, Ministerrat, Staatliche Plankommission, Kombinatleitungen, Militär, Staatssicherheit, obere Führungsgremien der Partei, Blockparteien und Massenorganisationen, Führungsebenen der wissenschaftlichen Institute des ZK sowie der Akademie der Wissenschaften).
- Zur „Operativen Dienstklasse“ zählten alle Kader der mittleren Führungsebene (z. B. Abteilungsleiter, Schuldirektoren) sowie die Angestellten mit hochqualifizierten Tätigkeiten (z. B. Lehrer, Ärzte, Ingenieure).
- Zur „sozialistischen Arbeiterklasse“ gehörten die Facharbeiter, die qualifizierten Angestellten sowie die Arbeiter und Angestellten mit un- und angelernten Tätigkeiten. Ihr einziges Recht – und ihre zugleich unabdingbare Pflicht – bestand darin, die Produktionsmittel durch ihre Arbeit zu nutzen und den Hauptteil des gesellschaftlichen Reichtums zu produzieren. Aufgrund der starken Monopolisierungstendenzen von politischer, ökonomischer und technokratischer Macht war diese breite Gruppe der Bevölkerung von jeglicher Verfügungsgewalt ausgeschlossen (und in diesem

Sinne durch ein homogenes Verhältnis zu den anderen Klassen gekennzeichnet, obwohl sie in bezug auf Qualifikation und Arbeitsinhalte recht heterogen gewesen ist).

- Zur „Dienstklasse des genossenschaftlichen Eigentums“ gehörten die Vorsitzenden von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) sowie von Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH). Aufgrund ihres Eingebundenseins in den staatlichen Planungsprozeß besaßen sie gegenüber den anderen Genossenschaftsmitgliedern privilegierte Organisationsbefugnisse.
- Zu den „Genossenschaftsbauern“ zählten alle Mitglieder in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Das von den Genossenschaftsbauern eingebrachte Land blieb rein formal ihr persönliches Eigentum. Damit verblieb ihnen ein Teil der ökonomischen Verfügungsgewalt über ihre Produktionsmittel, die jedoch durch staatliche Regulierungsmechanismen stark eingeschränkt wurde.
- Die „PGH-Handwerksmeister“ waren gekennzeichnet durch Reste an ökonomischer und technokratischer Verfügungsgewalt.

2. Untergeordnete Produktionsweise und Klassenlagen

Zu den Klassenlagen der untergeordneten Produktionsweise gehörten die „selbständigen Klein- und Mittelbauern“ (Bauern, mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche, deren Größe eine eigene Mitarbeit notwendig machte), die „selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden“ (mit maximal zehn Mitarbeitern) sowie die „Betriebseigentümer und Großgrundbesitzer“. Letztere Klassenlage existierte nur eine relativ kurze Zeit in der Klassenstruktur der DDR. Mit Hilfe besonderer wirtschafts- und steuerrechtlicher Maßnahmen wurde die Sozialisierung der Industrie systematisch vorangetrieben. Viele Eigentümer entzogen sich diesem Druck durch die Flucht nach Westdeutschland. Ihr Eigentum ging automatisch in Staatseigentum über. Andere „wählten“ den Weg einer Kommanditgesellschaft mit Beteiligung des Staates (halbstaatliche Betriebe)¹⁷. 1972 kam es auf Beschluß der 4. Tagung des ZK der SED zur

16 In gleicher Weise bestimmt auch Eberhard Schneider die Gruppe der Parteifunktionäre, das heißt in Abgrenzung zu den Staats- und Wirtschaftsfunktionären (Eberhard Schneider, Die politische Funktionselite der DDR. Eine empirische Studie der SED-Nomenklatura, Opladen 1994, S. 121).

17 Von einer „freiwilligen“ Wahl kann dabei wohl kaum die Rede sein, denn ohne „staatliche Beteiligung“ wurden sie überdurchschnittlich besteuert, in der Materialzuteilung schikaniert, erhielten sie keine Kredite, so daß Investitionen kaum möglich waren.

Umwandlung dieser Betriebe in staatliches Eigentum.

Abschließend ist festzuhalten, daß es – auch wenn es zunächst überraschen mag – eine „bürgerliche Dienstklasse“ in der DDR gegeben hat, die jedoch aus historisch-strukturellen Gesichtspunkten in zwei Teile zu untergliedern ist. Zum einen gab es die „alte“ bürgerliche Dienstklasse. Dazu gehörten die langjährigen Beamten im gehobenen und höheren Dienst vor und kurz nach 1945, die „bürgerliche“ Intelligenz (die bereits vor 1945 in exponierter Stellung war) sowie die Angestellten der oberen Leitungsebene der noch zeitweise vorhandenen privaten Industriebetriebe. Ein bedeutender Teil von ihnen wählte aus Gründen politischer Repressalien und/oder der Verschlechterung ihrer beruflichen Chancen und sozialen Stellung den Weg nach Westdeutschland. Andere vermochten es, durch loyales Verhalten gegenüber dem neuen System einen neuen Platz in der administrativen oder operativen Dienstklasse zu finden. Zum anderen gab es in der DDR eine „neue“ bürgerliche Dienstklasse, der die Würdenträger und Funktionäre der Kirchen in der DDR, zum Teil die freischaffenden Künstler sowie die freien akademischen Berufe zuzurechnen sind¹⁸.

Die Definition und Beschreibung der einzelnen Klassenlagen vermitteln bereits einen Eindruck darüber, daß „die Sozialstruktur der DDR (der achtziger Jahre) ganz wesentlich das Ergebnis eines immer erneut in Gang gesetzten, politisch determinierten Prozesses sozialer Umwälzungen“¹⁹ gewesen ist. Ursachen dieser Veränderungen waren vor allem politische Interventionen des Staates und ökonomische Entwicklungserfordernisse²⁰. Betrachtet man die historische Genese dieser Klassenstruktur genauer, so stimuliert dies zugleich die „These, daß die gesamte Entwicklung der DDR-Gesellschaft den Lebensabschnitten, Bedürfnissen und Interessen einer Generation folgte, nämlich denen der ‚alten Garde‘“²¹.

18 Für eine detaillierte Darstellung und Begründung der Definition der alten und der neuen bürgerlichen Dienstklasse in der DDR siehe H. Solga (Anm. 7).

19 Gert-Joachim Glaebner, Der schwierige Weg zur Demokratie. Vom Ende der DDR zur deutschen Einheit, Opladen 1991, S. 6.

20 Für die Klassenlagen des genossenschaftlichen Eigentums ist insbesondere interessant, daß mit der Umwandlung der selbständigen Bauern bzw. Handwerker zu Genossenschaftsmitgliedern Mobilitätsprozesse stattfanden, zugespitzt formuliert, politisch initiiert wurden, die keinerlei Aktivität im Sinne eines Orts- oder sogar Arbeitsplatzwechsels verlangten.

21 H. Solga (Anm. 7), S. 123.

Das hier vorgestellte Konzept der Klassenstruktur der DDR-Gesellschaft impliziert zugleich eine besondere Sicht auf die Lebenschancen und -verhältnisse der Menschen in der DDR. Wenn den einzelnen Klassen in der Tat unterschiedliche Handlungsressourcen zur Verfügung standen und sie tatsächlich unterschiedliche Interessen vertraten, z. B. um vorhandene Privilegien zu sichern, dann wären deutliche und fortbestehende Unterschiede in den Lebenschancen und -bedingungen zwischen den Klassen die Folge.

III. Klassenzugehörigkeit, Bildungschancen und Berufskarrieren

Im folgenden soll anhand von Beispielen gezeigt werden, ob sich entlang dieser Klassenlinien eine neue Ungleichheitsstruktur in der DDR etablieren konnte. Hierzu wird untersucht, wie diese Klassenlagen und die mit ihnen strukturell gegebenen Privilegien bzw. Benachteiligungen von einer Generation auf die nächste übertragen und welche Klassenbarrieren hier aufgebaut und reproduziert wurden. Entsprechend der These der Etablierung einer neuen Ungleichheitsstruktur entlang der Klassenlagen sollte sich zeigen, daß es in der DDR vielfältige intergenerationale Mobilitätsprozesse (das heißt Klassenwechsel von einer Generation zur nächsten) im Prozeß des „Umbaus“ der alten Klassenstruktur in eine staatssozialistische Klassenstruktur gegeben hat. Anschließend – nachdem sich diese neue Klassenstruktur verfestigt hatte – sollten jedoch zunehmende Immobilität bzw. soziale Ausleseprozesse (in Abhängigkeit von der Klassenzugehörigkeit) das Bild der Klassenzuweisung bestimmen.

Im Mittelpunkt der vorgestellten empirischen Befunde steht das Verhältnis zwischen operativer (und vereinzelt administrativer) Dienstklasse (im folgenden: „sozialistische Dienstklassen“) und der Arbeiterklasse. Dieser Vergleich kann eindrucksvoll verdeutlichen, welche Klassenbarrieren es in der DDR zwischen den privilegierten Klassenlagen und der unterprivilegierten Arbeiterklasse gegeben hat.

Fragt man zunächst, ob es in der DDR überhaupt Wechsel zwischen der Herkunftsklasse und der Klassenlage der Kinder (im Alter von 30 Jahren) gegeben hat, so zeigt sich, daß in allen Perioden der DDR-Entwicklung mehr als ein Drittel der

nachfolgenden Generation „mobil“ war bzw. sein mußte. Mit dem Übergang in die achtziger Jahre ist jedoch ein Rückgang zu verzeichnen: Während die Befragten in den drei älteren Kohorten (1929–1931, 1939–1941, 1951–1953) zu über 40 Prozent ihre Herkunftsklasse verließen, betraf dies in der jüngsten Kohorte (1959–1961) nur 36 Prozent. Darüber hinaus ist festzustellen, daß diese Mobilität in den fünfziger und sechziger Jahren in starkem Maße durch eine veränderte Struktur der Mobilitätsoptionen erzeugt wurde, das heißt einerseits Übergänge aus den absterbenden bzw. marginalisierten Klassenlagen notwendig waren (z. B. aus der alten bürgerlichen Dienstklasse oder den Selbständigen) und andererseits Übergänge in völlig neue Klassenlagen möglich waren (z. B. in die administrative und die operative Dienstklasse). Ab den siebziger Jahren blieben derart drastische strukturelle Veränderungen weitgehend aus. Strukturelle Mobilität war dann vor allem durch ein zahlenmäßiges Anwachsen der Arbeiterklasse, eine weitere Reduzierung der Bauernklasse und ein – in den siebziger Jahren vorhandenes und damit nur die Kohorte 1951–1953 betreffendes – Wachstum der sozialistischen Dienstklassen gekennzeichnet. Letzteres ist unter anderem auf den zusätzlichen Bedarf an Leitungs- und hochqualifiziertem Verwaltungs- sowie Forschungs- und Entwicklungspersonal aufgrund der Kombinatbildung (in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre) zurückzuführen. Ferner ist anzumerken, daß seit den siebziger Jahren Abstiege in die Arbeiterklasse zu- und gleichzeitig Aufstiege in die Dienstklassen abnahmen.

Diese Ergebnisse sind ein erster Hinweis darauf, daß die Mobilitätschancen in den einzelnen Perioden der Entwicklung der DDR durch sehr unterschiedliche Kontextbedingungen beeinflusst wurden. In dem Maße, wie strukturelle Mobilität eine Bedingung für die Etablierung des Staatssozialismus und seiner Klassenstruktur in der DDR darstellte, signalisiert ihr Rückgang die Konsolidierung dieser staatssozialistischen Klassenstruktur. Zu fragen bleibt, inwieweit die unterschiedlichen Klassenlagen von dieser Schließung der Aufstiegskanäle jeweils betroffen waren.

Das Verhältnis von „Vererbung“ und „Zugang von außen“ für die einzelnen Klassenlagen gibt Auskunft darüber, ob die Konkurrenz um den Zugang zu bestimmten Klassen abgenommen oder zugenommen hat, das heißt, ob Klassengrenzen auch soziale Ausschlußkriterien darstellten. Bei Chancengleichheit hätten zum Beispiel Arbeiterkinder und Kinder der Dienstklassen die gleiche Chance,

in die Dienstklassen zu gelangen; genauso wie beide die gleiche Chance bzw. das gleiche Risiko hätten, der Arbeiterklasse anzugehören. Von Chancengleichheit in der DDR kann jedoch nicht die Rede sein. Im Gegenteil, die sozialistischen Dienstklassen entwickelten sich von der „offensten“ Klassenlage zu einer der „geschlossensten“ Klassenlagen der DDR-Gesellschaft. Während die Dienstklassen-Kinder in den fünfziger Jahren (Kohorte 1929–1931) nur eine doppelt so hohe Chance wie die Kinder anderer Klassenherkunft hatten, einer der Dienstklassen anzugehören, so besaßen sie bereits in den sechziger Jahren (Kohorte 1939–1941) eine viermal so hohe und in den achtziger Jahren (Kohorte 1959–1961) sogar eine fünfmal so hohe Chance. Dies zeigt, daß die Konkurrenz um den Zugang zu den privilegierten Klassenlagen nicht ab-, sondern zugenommen und die Polarisierung zwischen den Klassen sich eher verstärkt hat.

Wie etablierte sich diese Ungleichheit? Generell ist davon auszugehen, daß diese Übertragung von Vor- und Nachteilen auf die nächste Generation in der DDR größtenteils nicht durch die Weitergabe von Eigentum erfolgen konnte. Vielmehr wurde der Zugang der Kinder zu bestimmten Klassenlagen primär über deren Platzierung im Erwerbssystem, das heißt über deren Bildungs- und Berufsverläufe, vermittelt. Fragt man zunächst allgemein danach, wer überhaupt aufgrund seiner eigenen Berufstätigkeit in einer der sozialistischen Dienstklassen plazierte, dann werden *geschlechtsspezifische Unterschiede* offensichtlich. Nur in den achtziger Jahren (Kohorte 1959–1961) schafften Männer *und* Frauen aufgrund ihrer eigenen Berufskarrieren *gleichermaßen* den Zugang zu den Dienstklassen. Der Etablierungsprozeß der neuen Dienstklassen in den fünfziger und sechziger Jahren fand damit ohne die Frauen statt, er vollzog sich nahezu ausschließlich über die Berufskarrieren der Männer. Für die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten der Frauen waren hingegen vor allem die bildungspolitischen Veränderungen, insbesondere das Bildungsgesetz von 1965, sowie die besonderen Förderungsmaßnahmen der Frauenpolitik der siebziger Jahre von Bedeutung²².

22 Vgl. Johannes Huinink/Karl Ulrich Mayer/Heike Trappe, Staatliche Lenkung und individuelle Karrierechancen: Bildungs- und Berufsverläufe, in: Johannes Huinink/Karl Ulrich Mayer/Martin Diewald/Heike Solga/Annette Sørensen/Heike Trappe, Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach, Berlin 1995; Heike Trappe, Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik, Berlin 1995.

Bildung stellte – unabhängig vom Geschlecht – einen wesentlichen Mechanismus dar, über den die privilegierten Klassen Berufskarrieren in die neuen Dienstklassen ermöglichten. Kinder aus den neuen sozialistischen Dienstklassen hatten zu allen Zeiten eine wesentlich höhere Chance, einen höheren Schulabschluß (das heißt oberhalb des jeweiligen Regelschulabschlusses) zu erwerben, als die Kinder aus den anderen Klassenlagen. Nur in der Umbruchphase im Bildungssystem Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre gab es eine leichte Öffnung, jedoch nicht unter Preisgabe des generellen Bildungsvorteils der Kinder mit Dienstklassen-Herkunft. Deren Chance für einen höheren Bildungsabschluß war selbst in dieser Zeit noch dreimal so hoch wie die Chance der Kinder aus anderen Herkunftsklassen. Mit der vollständigen Institutionalisierung des „einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ (1965) und dem Übergang von der Auswahl nach sozialer Herkunft (bei Bevorzugung von Arbeiterkindern) zur Auswahl nach schulischer Leistung und gesellschaftlichen Aktivitäten begann sich das Bildungssystem erneut zu schließen. In den achtziger Jahren (Kohorte 1959–1961) hatten die Kinder mit Dienstklassen-Herkunft eine mehr als sechsmal so hohe Chance wie Kinder mit anderer Herkunft.

Darüber hinaus zeigt sich hinsichtlich der beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten für die *Männer* folgendes Bild. Nur in der Aufbau- und Stabilisierungsphase (bis Mitte/Ende der siebziger Jahre) konnten die Arbeitersöhne über öffentlich bekundetes systemloyales Verhalten (d. h. Parteimitgliedschaft oder Ausübung einer politischen Funktion) Bildungsnachteile beim Zugang zu privilegierten Positionen der Dienstklassen im Vergleich zu den Söhnen mit Dienstklassen-Herkunft kompensieren. Insofern gab es in dieser Zeit keine gravierenden Klassenunterschiede hinsichtlich der Zugangschancen in die neuen Dienstklassen – allerdings nur unter der Bedingung, daß die Söhne, die nicht aus einer der beiden sozialistischen Dienstklassen kamen, sich „systemloyal“ zeigten. Söhne aus Arbeiter-, Bauern- und Selbständigenfamilien, die weder Parteimitglied waren noch gesellschaftliche Funktionen ausübten, blieben an das untere Ende der Rekrutierungs-Rangordnung verwiesen.

Interessant ist der Befund für die *loyalen* Söhne von Selbständigen: Diese hatten sogar bessere Zugangschancen zu den Dienstklassen als Söhne mit Dienstklassen-Herkunft. Wirtschaftlich marginalisiert, begegneten die Eltern der Beschneidung

in den Vererbungschancen ihres Eigentums dadurch, daß sie ihren Söhnen berufliche Wege in die privilegierten Klassenlagen der neuen Gesellschaft eröffneten. Zumindest für den Teil unter den Selbständigen, deren Söhne sich öffentlich gegenüber dem neuen System in der DDR „loyal“ zeigten, wurde der Niedergang der eigenen Klassenlage in einen Übergang in die neuen Dienstklassen umgemünzt²³. Da es sich hierbei allerdings um eine relativ kleine Gruppe handelte, stellt dies die – oben konstatierte – eher moderate Ungleichheitsstruktur in dieser Zeit nicht in Frage.

Ein anderes Bild ergibt sich für die achtziger Jahre. Unter den Bedingungen der reduzierten Zugangsmöglichkeiten zu den sozialistischen Dienstklassen kam es zu einer *Polarisierung in den klassenspezifischen Zugangschancen*. Während die loyalen Söhne aus Familien der sozialistischen Dienstklassen ihre Zugangschancen verbessern konnten, verschlechterten sie sich für alle anderen – ob loyal oder nicht loyal. Diese gegenläufigen Tendenzen führten dazu, daß sich nun eine Schere zwischen denen, die aus den Dienstklassen kamen – allerdings auch öffentlich systemloyales Verhalten zeigten²⁴ –, und allen anderen öffnete. Wer also in den achtziger Jahren eine begründete Chance haben wollte, in der Konkurrenz um die immer weniger werdenden vakanten Positionen der sozialistischen Dienstklassen erfolgreich zu sein, der mußte nicht nur aus einer Dienstklassen-Familie stammen, sondern zusätzlich noch systemloyales Verhalten zeigen. Damit verlor Systemloyalität seinen eher kompensatorischen Charakter und wurde mit dem Übergang in die achtziger Jahre zunehmend zu einem notwendigen Auswahlkriterium *innerhalb* der sozialistischen Dienstklassen²⁵.

Diese Polarisierung der Zugangschancen erklärt sich sicherlich nicht vollständig aus einer zunehmenden Schließung der sozialistischen Dienstklas-

23 Bei den Töchtern geschah dies vor allem über eine entsprechende Heirat.

24 In diesem Zusammenhang ist anzumerken, daß die Parteimitgliedschaft der Eltern ein fehlendes öffentliches loyales Verhalten ihrer Kinder nicht „ausgleichen“ konnte. Ihre Parteimitgliedschaft hatte nur dann einen positiven Effekt auf die Berufskarrieren ihrer Kinder, wenn es ihnen gelang, derartige Verhaltensweisen auf die Kinder zu übertragen. Wie sich für die vier ausgewählten Kohorten zeigt, war die Chance, daß jemand aus einer Parteifamilie selbst Parteimitglied oder Funktionsträger wurde, mehr als doppelt so groß wie für diejenigen, deren Vater und Mutter nicht Mitglied der Partei waren.

25 Vgl. auch Heike Solga, Systemloyalität als Bedingung sozialer Mobilität im Staatssozialismus, am Beispiel der DDR, in: Berliner Journal für Soziologie, 4 (1994) 4.

sen durch die Dienstklassen selbst. Vielmehr ist auch davon auszugehen, daß sie ebenso aus einem bewußten „Verzicht“ auf Aufstieg seitens derer mit anderer Herkunft resultierte. In Diskussionen und Publikationen über die DDR wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß Arbeiter teilweise auch „gar nicht in die Dienstklassen wollten“ (z. B. aufgrund fehlender materieller Anreize, antizipierter Chancenlosigkeit oder der geforderten Identifikation mit dem System, die für den Zugang zu den sozialistischen Dienstklassen vorausgesetzt wurde). Welche Bedeutung diesen beiden Gründen, *Ausschluß und Verzicht*, zukam, kann im nachhinein nicht mehr eindeutig geklärt werden. Anzunehmen ist, daß sie beide die Polarisierung der Zugangschancen in die Dienstklassen verursachten.

Für die *Frauen* zeigt sich gleichfalls, daß die Stagnation bzw. der Rückgang im Umfang der zu besetzenden Positionen der Dienstklassen in den achtziger Jahren für die weibliche Chancenstruktur nicht folgenlos blieb. Für alle Klassenlagen, und zwar unabhängig davon, ob die Frauen loyales Verhalten zeigten oder nicht, verschlechterten sich in dieser Dekade die Zugangschancen zu den sozialistischen Dienstklassen durch eigene Berufskarrieren. Im Unterschied zu den Männern wird für die Frauen jedoch für die gesamte DDR-Zeit ein Auseinanderklaffen der beruflichen Zugangschancen in Gestalt einer Dreiteilung deutlich, und zwar zwischen den loyalen Töchtern mit Dienstklassen-Herkunft, den nichtloyalen Töchtern mit Dienstklassen-Herkunft und dem „Rest“. Bei den Frauen war Systemloyalität nie kompensatorischer Natur, die Diskrepanz zwischen nichtloyalen Töchtern mit Dienstklassen-Herkunft und loyalen Töchtern mit anderer Herkunft konnte nie überwunden werden. Doch von einem Bedeutungswandel der Systemloyalität ist auch bei den Frauen auszugehen. Für sie vollzog er sich aber als Übergang von einem „zusätzlichen Bonus“ für Töchter mit Dienstklassen-Herkunft (ebenfalls) hin zu einem „notwendigen“ Auswahlkriterium innerhalb der Dienstklassen. Auch für die Frauen zeigt sich: In den achtziger Jahren hatten nur die Töchter, die aus den sozialistischen Dienstklassen stammten und öffentlich systemloyales Verhalten zeigten, aussichtsreiche Chancen für Berufskarrieren in die Dienstklassen.

In diesen Ergebnissen spiegelt sich eindrucksvoll wider, daß nicht nur die absoluten und strukturbedingten Mobilitätsraten, sondern auch die Aufstiegschancen zurückgingen und sich die klassenbedingten Barrieren verstärkten. Nun könnte

man einwenden, daß sich diese Veränderungen darauf zurückführen lassen, daß sich nach der anfänglichen Ausschöpfung der „Begabungsreserven“ bei den Arbeitern und Bauern später „normale“ schichtspezifische Formen der Statuszuweisung durchsetzten. Dieser Interpretation kann zumindest entgegengehalten werden, daß sich nicht nur Bildungspatente, sondern zusätzlich die Klassenlage der Herkunft und die Systemloyalität (gemessen als Mitgliedschaft in der Partei und Funktionen in Massenorganisationen) als wichtige Determinanten der Klassenzuweisung erwiesen.

Zu fragen bleibt, ob diese Klassenlinien auch eine ungleiche Verteilung der knappen Güter, Dienstleistungen und Ressourcen sowie der Ausdifferenzierung spezifischer Lebensstile impliziert haben. Analysen – basierend auf den oben erwähnten Interviews des Projekts „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR“ – zeigen²⁶, daß mit der jeweiligen Klassenzugehörigkeit sehr wohl unterschiedliche Lebensbedingungen verbunden gewesen sind. So konnten Angehörige der sozialistischen Dienstklassen durchaus ein höheres Erwerbseinkommen realisieren als Arbeiter; ebenso war der Besitz eines PKWs, eines Telefons sowie eines besseren Wohnkomforts (z. B. modernes Heizungssystem) nicht nur einkommenabhängig, sondern darüber hinaus auch abhängig von der jeweiligen Klassenlage, das heißt – selbst bei gleichem Einkommen – bei Angehörigen der Dienstklassen weit häufiger vorzufinden als bei Arbeitern. Dafür waren nicht zuletzt die häufiger vorhandenen und breiter gestreuten nützlichen Beziehungen der sozialistischen Dienstklassen verantwortlich. Außerdem zeigte sich, daß sie einen deutlich abgehobenen, an der Hochkultur orientierten Lebensstil pflegten (Besuch von Oper, Theater, Museen). Gemessen an den Verhältnissen in der (alten) Bundesrepublik waren diese Unterschiede sicherlich auf einem deutlich niedrigeren Niveau – dennoch waren sie mehr als nur ein bloßes „Überbleibsel“ an Ungleichheit.

All dies zeigt: Der Sozialismus führte in der DDR – wie auch in den anderen staatssozialistischen Ländern – nicht zum Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft, sondern im Gegenteil zu einer Gesellschaft, in der Klassenunterschiede, wenn auch zwischen „neuen“ Klassen, durchaus eine prägende Rolle für die jeweils verfügbaren

26 Für detaillierte Analysen siehe Martin Diewald/Heike Solga, Soziale Ungleichheit in der DDR: Die feinen, aber deutlichen Unterschiede am Vorabend der Wende, in: J. Hui-nink/K. U. Mayer u. a. (Anm. 22).

Lebenschancen und -bedingungen spielten. Um die Widersprüchlichkeit und die Konflikte in der DDR-Gesellschaft selbst begreifen zu können, ist es daher notwendig, sie als eine „Klassengesell-

schaft“ zu begreifen mit eigenständigen Reproduktionsmechanismen und Systemwidersprüchen, die wesentlich den staatssozialistischen Eigentumsverhältnissen geschuldet gewesen waren.

Öffentlichkeit in der DDR? Die soziale Wirklichkeit im „Eulenspiegel“

I. Vorbemerkungen

„Großmutter, warum hast du so große Zähne?“ stand in Ost-Berlin auf einem der Transparente der Massendemonstration vom 4. November 1989. Darunter war die Karikatur eines breit lachenden Egon Krenz, der mit einer Nachthaube auf dem Kopf im Bett liegt. Sein prägnantes Gebiß kennzeichnet ihn als Wolf aus dem Grimmschen Märchen, der gerade die Großmutter verspeist hat. Auf diese Weise kommentierte das Transparent die Ablösung Erich Honeckers durch Egon Krenz¹, und es warnte vor Krenz, dem Wolf, der sich als Großmutter getarnt hat, und vor seinem Appetit auf Rotkäppchen.

Wie hier, so wurde auch auf den Montagsdemonstrationen Kritik häufig nicht direkt formuliert, sondern in satirische Sprache gekleidet. Dieses Phänomen ist der Anlaß dafür, die Ausformung von Satire in der DDR zu untersuchen sowie die Frage nach ihrem Alltagsbezug zu stellen: Denn Satire dient nicht nur dazu, „empörende Wirklichkeit“ darzustellen, wie es bei Schiller heißt, sondern ist *Angriff* auf diese Wirklichkeit². Und in dem Maße, wie sie dem politisch-kulturellen Kontext unterworfen ist, der sie hervorbringt, fungiert sie zugleich als Seismograph.

Die vorzugsweise satirische Auseinandersetzung mit DDR-Realität war bedingt durch die mangelnde Möglichkeit unverstellter Kritik, und daher führen Untersuchungen zur Ausprägung von Satire zu Aussagen über den Zustand von Öffentlichkeit³ in der DDR. Manifestiert sich in satiri-

scher Form nicht möglicherweise die Forderung nach öffentlichem Austausch, jenseits der von der SED inszenierten ‚Öffentlichkeit‘, insbesondere der von ihr instrumentalisierten Medien-Öffentlichkeit? Ist DDR-Satire also nicht nur als Angriff auf eine „empörende Wirklichkeit“ zu werten, sondern ebenfalls als Forderung nach Öffentlichkeit – jenseits von Partei-Propaganda⁴?

In einer Momentaufnahme im Bereich Zeitungssatire läßt sich festhalten, wie Satire in diesem Medium Anfang der achtziger Jahre funktioniert hat, auf welche Weise sie „empörenden“ DDR-Alltag kommentiert, gegen welche Widerstände und Machtinteressen sie sich ausgeformt hat, welcher Mittel sie sich bediente und welche Wirkungen und Folgen sie hatte. Der Blick richtet sich auf einen Artikel, der bis an die Grenzen satirischer Möglichkeiten jener Zeit ging: Hartmut Berlins Beitrag „*Lieber Genosse Minister! Ich hab' da mal 'ne Frage . . .*“ aus der populären, und einzigen, Satire-Zeitschrift der DDR, dem wöchentlich erscheinenden „Eulenspiegel“ – der in den achtziger Jahren eine verkaufte Auflage von 490 000 Exemplaren⁵ hatte. Berlins Artikel hatte Folgen, und das Beben, das durch verschiedene Instanzen ging, hat Spuren hinterlassen: Aufzeichnungen und Erinnerungen bei den Beteiligten⁶ sowie Aktenno-

Diskussion der Existenzbedingungen und Funktion von Öffentlichkeit im 20. Jahrhundert, für die Diskussion von Öffentlichkeit als unerläßlicher Voraussetzung der Demokratie sowie von Medienöffentlichkeit. Vgl. Hanno Kesting, Öffentlichkeit und Propaganda. Zur Theorie der öffentlichen Meinung, Bruchsal 1995.

4 Zum Zusammenhang von Öffentlichkeit und Propaganda vgl. H. Kesting (Anm. 3).

5 Vgl. Gunter Holzweißig, Die Presse als Herrschaftsinstrument der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag. Band II: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S. 1692. Nach Auskunft der Eulenspiegel-Redaktion hätte die verkaufte Auflage weit höher liegen können, wurde jedoch durch das Papierkontingent vorgegeben.

6 Ich bedanke mich bei allen meinen Interviewpartnern, den damaligen Eulenspiegel-Mitarbeitern Hartmut Berlin, Gerd Nagel, Hans Seifert und Ernst Röhl sowie dem Eulenspiegel-Leser Christian Höll.

1 Am 18. Oktober 1989 trat Erich Honecker zurück, das ZK der SED ernannte Egon Krenz zum neuen Generalsekretär und nominierte ihn als Nachfolger für die bislang von Honecker eingenommenen Positionen.

2 Vgl. Ulrich Gaier, Satire. Studien zu Neidhart, Wittenwiler, Brant und zur satirischen Schreibart, Tübingen 1967, S. 4.

3 Der Öffentlichkeits-Begriff wird hier nicht im Sinne von Jürgen Habermas gebraucht. Ich beziehe mich auf die unten genannte Studie Hanno Kestings. Diese Untersuchung zur Entstehung der modernen Öffentlichkeit im 18. Jahrhundert und ihrer Funktion bietet auch Anknüpfungspunkte für eine

tizen. So ist es heute möglich, ein Netzwerk aus verschiedenen Interessen zu (re)konstruieren, in dem sich Zeitungssatire ausprägte und in dem sie operiert hat.

II. Der Fall: Ein „Eulenspiegel“-Artikel

Die Redaktion des „Eulenspiegels“ hatte vier Ressorts: Außenpolitik, Kultur und Unterhaltung, Humor und Innenpolitik. Im letztgenannten Bereich entstand 1981 Hartmut Berlins Artikel zu den Themen Bauschäden an Neubauten und Bearbeitung von Eingaben. Die Seite (siehe Dokument auf Seite 37) ist in der Wochenzeitung als Eingabe⁷-Brief gestaltet: Oben links der Adressat: „Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Bauwesen, Genossen Minister Junker, persönlich!“ Dann sehr groß und fett gesetzt die Anrede, die in dieser graphischen Prominenz zugleich Artikel-Überschrift ist: „Lieber Genosse Minister! Ich hab' da mal 'ne Frage.“

„Erinnern Sie sich noch an die Eingabe von Christian Höll aus der Salvador-Allende-Str. 44 in Berlin? Natürlich nicht. Dumme Frage. Bei uns wird ja so viel gebaut. Christian Höll ist der mit den Spezialfugen in den Wänden seiner Wohnung, wo seit 1978 immer der Wind durchpfeift. Regenwasser kommt auch durch. Komfortwohnung mit Wasser aus der Wand sozusagen. Aber Schwamm drüber. Herr Höll hat im Mai '80 an Sie geschrieben. Jetzt habe ich die unerledigte Eingabe auf dem Tisch. Wolln mal sagen, als vorletzte Instanz. ... Man kann sich ja denken, wen er in der letzten Instanz anschreibt. ... Kurz und gut, ich mache Ihnen einen Vorschlag: Ich weihe Sie in den aktuellen Stand ein, und wir lassen uns was einfallen, wie wir da rauskommen.“⁸

Es folgt die genaue Auflistung der gravierenden Bauschäden in der Neubauwohnung des Ehepaars

7 Statt eines Verwaltungsrechtes gab es in der DDR ein Eingaben-Gesetz. Nach Art. 103 der Verfassung konnte sich jeder Bürger mit Eingaben (Vorschlägen, Hinweisen, Anliegen oder Beschwerden) an die Volksvertretungen, ihre Abgeordneten oder die staatlichen und wirtschaftlichen Organe wenden. Einzelheiten regelte das Gesetz über die Bearbeitung der Eingaben der Bürger vom 19. Juni 1975. Danach mußte eine Entscheidung über eine Eingabe spätestens innerhalb von vier Wochen nach Eingang getroffen und dem Bürger mitgeteilt werden. Vgl. DDR-Handbuch, Bd. 1, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Köln 1985³, S. 317.

8 Eulenspiegel, 28 (1981) 32, S. 13.

Höll und seiner drei Kinder in Berlin-Köpenick: offene Fugen „von den Decken bis zu den Fußböden ... von unterschiedlicher Breite und Tiefe, aber überall offen genug, um den Naturgewalten keinen nennenswerten Widerstand entgegenzusetzen“, und Deckenfugen, durch die bei Regen das Wasser innen am Fenster hinunterfließt. Dazu dokumentiert Berlin den Weg des Mieters, Christian Höll, durch die zuständigen Instanzen: über Wohnungsverwaltung, Bezirksbaudirektion, Bauakademie und Oberbürgermeister von Berlin nach oben bis zum Minister für Bauwesen, und von dort wieder an den Ausgangspunkt zurück, zur Kommunalen Wohnungsverwaltung Berlin-Köpenick. Währenddessen ändert sich am Zustand des Hauses nichts, die Fugen bleiben undicht. Berlins Artikel endet:

„Ich hoffe, Sie am konkreten Beispiel umfassend informiert zu haben, welcher Aufwand von zahlreichen Mitarbeitern zahlreicher Institutionen betrieben wird, um Mängel in der Bauausführung zu verwalten. Mitunter über Jahre hinweg.“

Alle beteiligten Personen, Instanzen und Orte sind authentisch. Der „Eulenspiegel“-Autor übernimmt einerseits die Rolle eines Anwaltes, der einen seiner Leser, Christian Höll, vertritt und dessen Eingabe „als ziemlich offene[n] Brief an Minister Junker⁹ zur Erledigung weiter[ge]leitet“ hat, wie handschriftlich neben dem Text vermerkt ist. Zugleich stellt sich der Autor mit dem Minister auf eine Stufe: „... ich mache Ihnen einen Vorschlag: ... wir lassen uns was einfallen, wie wir da rauskommen.“ Die symbolische Verbrüderung ist listiges Kalkül: Durch das repetierte (Genossen-) „Wir“, die Vertraulichkeit des „Lieber Genosse Minister ...“ und die Beschwörung des gemeinsamen Ziels muß der Minister mit Berlin und dem „Eulenspiegel“ gemeinsam gegen die Mißstände in seinem Bereich vorgehen. Hartmut Berlin gibt dabei vor, er nähme die Staatsideologie des „Alles-für-das-Volk“ ernst, indem er unterstellt, (auch) der Minister selbst würde sich primär für die Belange des Volkes einsetzen. Diesem war zwar an der Erfüllung des Wohnungsbauprogrammes gelegen, bei dem jedoch nach fertiggestellten Wohneinheiten abgerechnet wurde. Die Bauausführung dagegen verschlechterte sich zunehmend, und die Klagen der Bewohner häuften sich. Mit der Anspielung auf eine mögliche Beschwerde bei Erich Honecker, „der letzten Instanz“, verhält es

9 Wolfgang Junker, geb. am 23. Februar 1929, Freitod am 9. April 1990. Von 1963 bis 1989 Minister für Bauwesen der DDR, im Januar und Februar 1990 in Untersuchungshaft wegen des Verdachtes auf Amtsmissbrauch.

sich wie oben: Der Autor gibt vor, es gäbe „Ärger“, wenn die Eingabe beim Staatsratsvorsitzenden landen würde – der 1971 mit dem Wohnungsbauprogramm als Kernstück seiner Sozialpolitik angetreten war.

III. Folgen von Satire I: Beseitigung von Bauschäden

Erst durch diese Veröffentlichung im „Eulenspiegel“ – nachdem sich Christian Höll drei Jahre lang mit Schreiben und Eingaben vergeblich um eine Lösung bemüht hatte – wurde die Reparatur der undichten Außenfugen erzwungen. Da der Minister öffentlich aufgefordert worden war, für Mängel in seinem Bereich einzustehen, befand er sich unter Zugzwang. Und unmittelbar nach Erscheinen des „Eulenspiegels“ am 10. August 1981 erteilte er eine Weisung an das Wohnungsbaukombinat (WBK) Potsdam, das die betroffenen Wohnblöcke im Allende-Viertel errichtet hatte, „zur kurzfristigen Beseitigung der . . . Durchfeuchtungsschäden“¹⁰, spätestens bis Ende Oktober 1981. In diesem Dokument Wolfgang Junkers finden sich detaillierte Anweisungen zu den Sanierungsarbeiten, die das Ausmaß der Schäden erkennen lassen:

„Es sind alle Fugen zu kontrollieren und sachgemäß zu verschließen. Dazu gehören: die Fugen im Bereich Dach/Drempel; die horizontalen Außenwandfugen einschl. der Fugen zwischen Fenstern und Außenwand; erkennbare Risse in den Außenwandplatten; die Loggien. . . . Die zwischen dem 2. und 3. Wohnblock vorhandene durchgängige Setzfuge ist, wie im Dachbereich, mit Alu-Streifen o. ä. gegen Schlagregen zu schützen.“¹¹

Christian Höll erinnert sich, daß kurz nach Erscheinen von Hartmut Berlins Beitrag, diesem „Sahne-Artikel, auf einmal mehrere dieser dunkelgetönten Limousinen größerer Bauart [kamen], und die gingen dann hoch und machten bedenkliche Gesichter und betretene Mienen [. . .] und begutachteten natürlich auch von draußen [. . .] und kurze Zeit danach, da ging es schon los, da haben sie so eine Art Armierung angebracht, und die ganze Giebelwand ausgeschäumt“¹², darüber kam eine Verkleidung, und die Wände waren endlich abgedichtet. Und zwei Ausgaben später druckte

10 Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, DH 1 – 29270: Ministerium für Bauwesen, Weisung des Ministers, o. D. (1981).

11 Ebd.

12 Gespräch der Verf. mit Christian Höll am 9. Juni 1996.

der „Eulenspiegel“ in seiner Rubrik „Quittiertes“, in der sich für gewöhnlich namentlich Kritisierte¹³ rechtfertigten und darüber berichteten, wie sie die Probleme in ihrem Bereich lösen wollten, folgenden Text ab:

„Es ging ziemlich heiß her – und das nicht nur wegen der Außentemperaturen –, als jene zur Beratung zusammentrafen, die tatsächlich für die nicht erledigte Eingabe von Herrn Christian Höll Verantwortung tragen. Nichts wurde beschönigt, nichts zerredet. . . . Eindeutig und unmißverständlich ist deshalb festgelegt worden, wie vom verantwortlichen Wohnungsbaukombinat Potsdam gemeinsam die verursachten Mängel in kürzester Frist beseitigt werden. Damit ist der Weg einer Eingabe zu Ende, der viel kürzer hätte sein können, wenn von Anfang an in den betreffenden Baubetrieben verantwortungsvoller gehandelt worden wäre. Darin waren sich alle einig. Eulenspiegel.“¹⁴

Diese als Mitteilung der Redaktion gekennzeichnete Erklärung stammt wortwörtlich aus der Abteilung Agitation des Zentralkomitees (ZK) der SED. In ihr wurde diese „redaktionelle Antwort zur betreffenden Veröffentlichung vorbereitet . . . , weil dazu die Redaktion selbst keinen brauchbaren Vorschlag unterbreitete“¹⁵. In dieser Formulierung deutet sich der Ärger an, der auf die Redaktion niederging.

IV. Folgen von Satire II: Die Redaktion wird gemäßregelt

Die Kritik im „Eulenspiegel“-Artikel traf in jeder Hinsicht zu, wie die Unterlagen des Ministeriums für Bauwesen beweisen:

„Die parteimäßige Überprüfung des Sachverhaltes ergibt, daß in dem betreffenden Wohngebäude . . . erhebliche Qualitätsmängel bei den Außenwandfugen und der Warmwasserversorgungsanlage entstanden. . . . Lediglich die Warmwasserversorgungsanlage wurde in Ordnung gebracht, jedoch mit großer zeitlicher Verzögerung.“¹⁶

13 Die Rubrik „Quittiertes“ diente auch dazu zu zeigen, daß sich in den kritisierten Bereichen tatsächlich etwas bewegt hatte. Vgl. Gespräch der Verf. mit Gerd Nagel am 1. September 1995.

14 Eulenspiegel, 28 (1981) 34, S. 10.

15 Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Ministerium für Bauwesen, DH 1-29256.

16 Ebd.

Trotzdem wurde gegen die Redaktion vorgegangen, insbesondere gegen ihren Stellvertretenden Chefredakteur, Hans Seifert, der den erkrankten Chefredakteur Gerd Nagel vertrat. Seifert wurde noch am Tage der Auslieferung des „Eulenspiegels“, dem 10. August 1981, telefonisch ins ZK bestellt und hatte dort bis zum 3. September insgesamt vierzehnmal (!) zu erscheinen. Dort kam es nie zu konstruktiven Gesprächen, „die hat's ja nie gegeben. ... Nur Runtermachen ... in einer furchtbaren Art, in einer verletzenden Art, bewußt ...“¹⁷, wegen „staatsfeindlichen und parteischädigenden Verhaltens“ und seines „Versagens“¹⁸. Vom „Eulenspiegel“ wurde verlangt, eine Stellungnahme abzugeben, die dann Hans Seifert und Ernst Röhl, der das Ressort Innenpolitik leitete, zusammen mit Gerd Nagel an dessen Krankenbett verfaßten. Diese eine Stellungnahme reichte nicht aus. Verlangt wurden *„immer wieder schriftliche Stellungnahmen, und da wußte man nicht, was sollte man denn nun noch reinschreiben ...: ‚Wir vermischen immer noch die klare ideologische Linie, vom Klassenstandpunkt aus ... Ihr solltet klare konkrete Schlußfolgerungen ziehen aus eurem Versagen, die Partei hat euch an diese Stelle gesetzt, an einen vorgeschobenen ideologischen Posten, und ihr habt versagt – vor den Angriffen des Klassenfeindes ...‘ Das waren die Argumente. ‚Schlimm, Genossen!‘“*¹⁹

Die Wahrheit reklamierte das ZK für sich, und diese entsprach der jeweils gültigen politischen Situationsanalyse. Die Argumente des „Eulenspiegels“ mußten so zwangsläufig ins Leere laufen: *„Es war ja immer das Schlimme, du konntest denen [den Mitarbeitern der Abteilung Agitation, S.K.] erklären, was du dir dabei gedacht hattest, wie du nur wolltest. Wenn sie das anders gesehen haben, dann war deine Erklärung nicht akzeptabel.“*²⁰

Auch in die Redaktion kam „hoher Besuch“ (Hartmut Berlin). Klaus Raddatz, Stellvertretender Leiter der Abteilung Agitation, „wertete“²¹ den Artikel dort im oben skizzierten Argumentationsmuster aus. Der prinzipielle Vorwurf hieß: Dem Feind sei leichtfertig Schützenhilfe gegeben worden, indem die Zeitung die sozialistischen Errungenschaften in Mißkredit gebracht habe. Es fand bei diesen Maßregelungen keine Diskussion zur Sache statt, sondern eine Disziplinierung mit

Hilfe eines Standard-Vorwurfes. Eine Kommission des Verbandes der Journalisten der DDR gab zu diesem Dauerargument vom lauenden Klassenfeind, dem nicht in die Hände zu spielen war, Ende der siebziger Jahre folgenden Kommentar ab: „Unter Berufung auf dieses Prinzip [wird] mehr verhindert ..., als nötig wäre“ und „für manche Stellen damit ein bequemer Vorwand gegeben ..., fast alles für tabu zu erklären“²².

Zu den einmaligen Maßregelungen der Redaktion gehörte der Einsatz einer ‚Zensurin‘. Sie wurde der Redaktion beigeordnet, nachdem drei Wochen nach dem Artikel über den Bauminister auch noch eine Titel-Karikatur²³ von Manfred Bofinger erschien, die die DDR-Preispolitik kommentierte und das Mißfallen Honeckers erregt hatte und die zur kurzzeitigen Beurlaubung des Stellvertretenden Chefredakteurs Hans Seifert führte (s. Karikatur auf Seite 32). Einer Journalistin aus dem Berliner Verlag, zu dem auch der „Eulenspiegel“ gehörte, und die gerade eine Parteschule absolviert hatte und deshalb als „zuverlässig“ (Gerd Nagel) galt, war einige Monate lang das gesamte Heft-Manuskript vorzulegen, bevor es in Druck ging. Daran heftete sie Zettel mit ihren Einwänden: Wenn sie meinte, eine Kritik sei ungerecht, weil man sich in dem betreffenden Industriezweig ja wirklich bemühe, und daher einen derartigen Beitrag „nicht verantworten“ wollte, so bedeutete dies auch, daß sie politisch-korrekt einen Zensurvorschlag machte und sich selbst damit präventiv absicherte. Derart offensichtliche Zensur war bei den Genossen des „Eulenspiegels“ überflüssig. Sie verfaßten und illustrierten ihre Beiträge jetzt so, daß sie es sich leisten konnten, ihre Manuskripte unverändert in den Druck zu geben. Die Maßnahme der Abteilung Agitation läßt sich als Aktion verstehen, die ‚nach oben‘ gemeldet werden konnte, sowie als Geste der Warnung gegenüber der gesamten Redaktion. Daß der „Eulenspiegel“ dem Klassenfeind keine „Munition“ geliefert hatte, liegt auf der Hand. Wie lassen sich jedoch die Handlungsräume beschreiben, in denen die Zeitung operierte?

22 Kommission für Schaffensfragen beim Verband der Journalisten der DDR (VDJ), September und Oktober 1978, Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch), IV 2/2.037/69.

23 Vgl. Eulenspiegel, 28 (1981) 35, S. 1. Die Karikatur spielt auf die Praxis an, Lebensmittel aus dem Handel zu nehmen und durch neue zu ersetzen, die teurer waren, weil sie angeblich erhöhte Gebrauchseigenschaften, wie eine neue Verpackung, hatten. Günter Mittag wertete die Zeichnung als Angriff gegen Honecker, der gerade ein Referat zur Stabilität der Preise in der DDR gehalten hatte. Honecker übernahm Mittags Interpretation.

17 Gespräch der Verf. mit Hans Seifert am 10. April 1996.

18 Ebd.

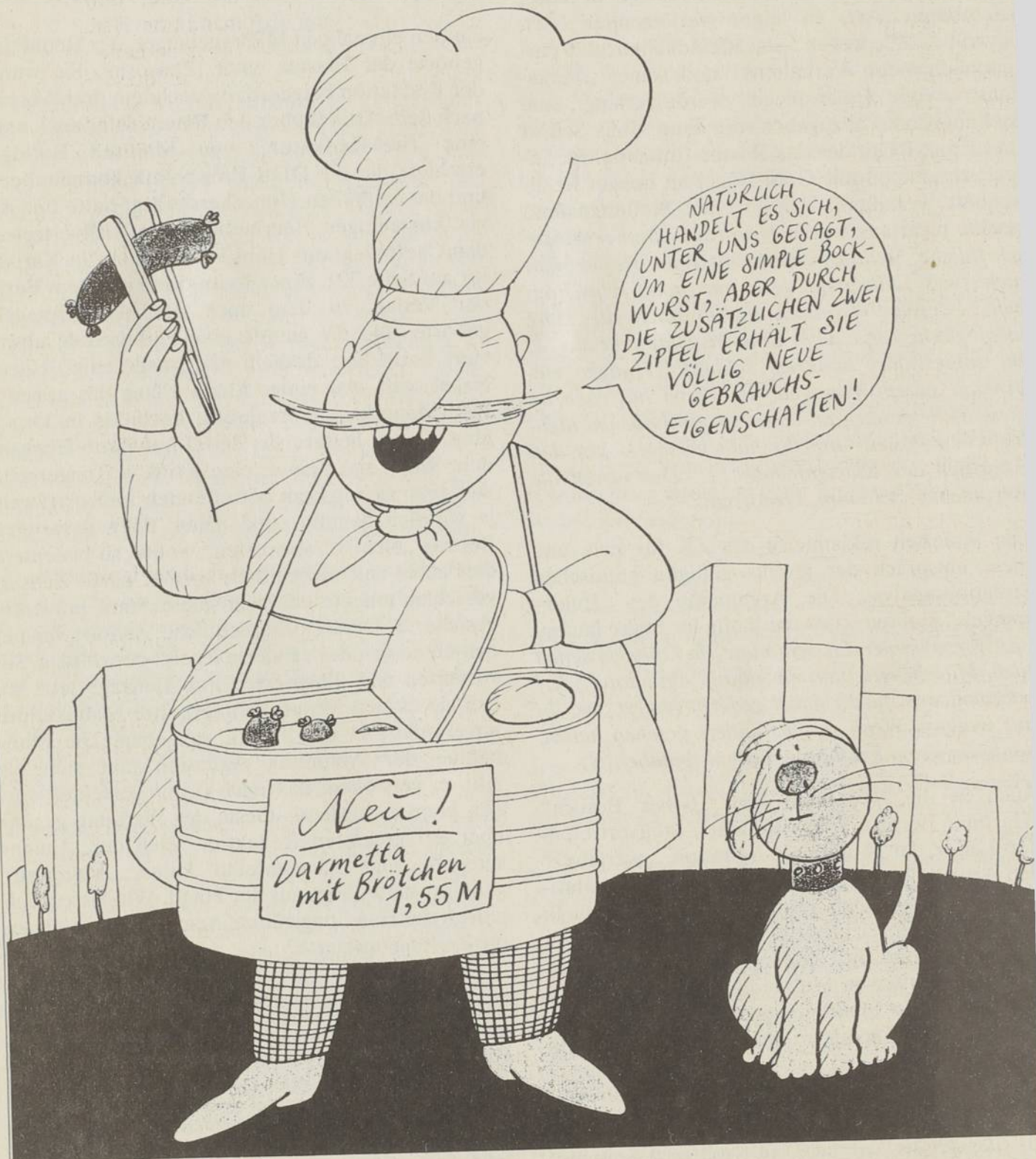
19 Gespräch (Anm. 17).

20 Gespräch der Verf. mit Gerd Nagel am 1. September 1995.

21 „Auswerten“ war die offizielle Terminologie – ein Euphemismus für Belehrung der Redaktion.

EULENSPIEGEL

WOCHENZEITUNG FÜR SATIRE UND HUMOR · BERLIN · 28. (36.) JAHRGANG · NR. 35/81 · 40 PF · 31617



V. Nische der Satire

Im Kontext der DDR-Presselandschaft hatte der „Eulenspiegel“ das exklusive Recht, Probleme „in satirischer Form abzuhandeln“²⁴. In anderen Zeitungen fand *satirische* Auseinandersetzung mit Alltagserfahrungen in der Regel nicht statt. Da Kritik in den Medien der DDR etwas Außergewöhnliches war, stand der „Eulenspiegel“ einerseits unter besonderer Aufmerksamkeit des ZK und des Politbüros der SED, andererseits erklärt sich gerade daraus seine Wirkung und sein relativer Einfluß: Es war nicht die Schärfe von Satiren, in denen gegen besonders eklatante Mißstände vorgegangen wurde, sondern die Tatsache, daß dies *überhaupt* geschah und daß Lesern tatsächlich geholfen werden konnte. Denn damit hatten diese ein nach der eigenen Agenda funktionierendes Forum für ihre Probleme. So kam in den Fällen, die der „Eulenspiegel“ aufgriff, eine andere Seite des DDR-Alltags in den Blick, jenseits gängiger Erfolgsmeldungen und der Inszenierungen einer schönen Wirklichkeit.

Wie alle Zeitungen und Zeitschriften wurde auch der „Eulenspiegel“ von der ZK-Abteilung Agitation „angeleitet“ und kontrolliert, „um eine einheitliche Orientierung zu gewährleisten“²⁵ – wie es im euphemistischen Sprachgebrauch der Zentralen Revisionskommission heißt. Hatten andere ZK-Bereiche „kritische Nachfragen zu den Veröffentlichungen im ‚Eulenspiegel‘, mußten sie sich an diese Abteilung [Agitation, S.K.] wenden, und die reichte dann diese Anliegen an uns weiter“²⁶. „Einheitlich orientiert“ wurde auf den „Donnerstags-Argumentationen“ im ZK-Gebäude, an denen auch der Chefredakteur der Zeitung teilzunehmen hatte. Die Presse wurde hier thematisch auf die jeweilige Parteilinie eingeschworen. Die Tendenzen und Tabus waren bindend²⁷. Eine Anweisung durch den Leiter der Abteilung Agitation des ZK, Heinz Geggel, zum Thema Wohnungsbau konnte folgendermaßen aussehen:

„Wir haben riesige Fortschritte gemacht, was den Wohnungsbau anbelangt . . . Das alles ist sehr hoch einzuschätzen, und wir werden niemandem erlauben, daß das etwa gering geschätzt wird, oder daß einzelne Ärgernisse alles das in den Schatten stellen,

24 Kommission für Schaffensfragen (Anm. 22).

25 Bericht der Zentralen Revisionskommission zu den Aufgaben der Abteilung Agitation vom Januar 1988, SAPMO BArch, Bestand Büro Joachim Herrmann, IV 2/2.037/24.

26 Gespräch (Anm. 20).

27 Vgl. dazu G. Holzweißig (Anm. 5), S. 1689–1722.

was in diesem Jahr wieder geschaffen wurde. Das heißt nicht, euphorische Töne anzuschlagen. Das heißt auch nicht, an Mängeln vorüberzugehen. . . . Das erste Anliegen ist, . . . sachlich aus der Fülle des Geleisteten darzustellen, das durch harte Arbeit und eine gute Politik geleistet wurde.“²⁸

Die Anweisung an die Presse lautet, von den großen Fortschritten im Wohnungsbau zu berichten, die durch harte Arbeit und gute Politik erreicht worden seien. Die Argumentation Heinz Geggels ist geschickt: Er beschwört keine heile Welt, aber er gibt die Partei-Perspektive auf diese Welt vor.

Im Gegensatz zur Tagespresse ergaben sich für den „Eulenspiegel“ aus der „Donnerstags-Argumentation“ nur ‚indirekte‘ Anweisungen, durch die die Möglichkeiten für das Satire-Magazin vor allem durch die Tabus abgesteckt wurden, die nicht verletzt werden durften. Die Themen suchten sich die Redakteure selbst, oder sie gingen Problemfällen nach, die Experten auf den Donnerstagsveranstaltungen erwähnt hatten. Die Chefredaktion hatte alles gegenüber der Abteilung Agitation zu verantworten. Gerd Nagel mußte wissen, in welchen Kategorien das ZK dachte, wollte er zu erwartende Auseinandersetzungen mit der Abteilung in einem erträglichen Maß halten. Er konnte, wie es Ernst Röhl beschreibt, „nicht weit im voraus planen, sondern mußte gewissermaßen das Ohr an die Furche legen, um Erschütterungen rechtzeitig wahrzunehmen“²⁹.

Ganz im Sinne der Abteilung Agitation und ihrer Dienstherren konnte der „Eulenspiegel“ also seiner Natur nach gar nicht verfahren. Er mußte das *Maß* dessen, was mit satirischen Mitteln kritisiert werden konnte, innerhalb der beschriebenen Rahmenbedingungen von Fall zu Fall ausloten, und Beanstandungen aus der Abteilung Agitation waren Indikatoren dafür, was gerade noch machbar war.

VI. Prinzip des „nachprüfbaren Einzelfalls“

Neben einem politisch-thematischen Rahmen, der jeden Donnerstag im ZK-Gebäude vorgegeben wurde, existierten auch *methodische* Vorgaben für

28 Ausführungen vor den Chefredakteuren am 7. Dezember 1978, SAPMO BArch, DY 30/25949.

29 Ernst Röhl in einem Gespräch mit der Verf. am 3. Juni 1996.

Zeitungssatire. Richteten sich Satiren im „Eulenspiegel“ auf erfahrbaren DDR-Alltag, wurde offensichtliche „Systemkritik“ nicht geduldet. Diese Artikel hatten sich vornehmlich an Einzelfällen³⁰ ‚abzuarbeiten‘; sie sollten konkret sein – Roß und Reiter nennen – und der Überprüfung standhalten. Innenpolitische Satiren sollten weder allgemein noch pauschal sein, nicht „flächendeckend“, sondern hatten sich Fällen zuzuwenden, die als Ausnahmen und als reparabel darzustellen waren. Und so legte auch Hartmut Berlin seinen Artikel an: Da das Bauwesen flächendeckend nicht kritisiert werden konnte, „habe ich bewußt genommen: eine Familie, ein Haus“³¹. Christian Höll hatte jedoch stellvertretend für die Mieter dreier Häuserblöcke Eingaben geschrieben und sich schließlich zermürbt an die in Frage kommenden Medien um Hilfe gewandt, um mit einer veröffentlichten Eingabe eine Lösung zu erzwingen: Zuerst an die Fernseh-Redaktion „Prisma“³², die ablehnte³³, dann an den „Eulenspiegel“. Die Zeitung wiederum veröffentlichte den Fall, weil sich hier formal ein „Einzelfall“ bot, der mehr als einen einzelnen ansprach. Da das Haus, in dem die Familie Höll wohnte, ein Experimentalbau war, was Christian Höll schriftlich mitgeteilt worden war, ließ sich sein Fall als „Ausnahmefall“ präsentieren:

„Sehr beruhigend wirkte auch die Versicherung: ‚Das Objekt gehört zu einer Versuchsreihe des WBK Potsdam und ist mit einer Anzahl von Ausnahmegenehmigungen (Heizung, Sanitär, Elektro und Statik) errichtet worden.‘ Ehrlich gesagt, Genosse Minister, so was haben sich die Mieter beinahe von Anfang an gedacht. Sie wollten bloß nicht glauben, daß derartige Versuche am lebenden Objekt durchgeführt werden.“³⁴

VII. Kein „Einzelfall“: Hintergründe

Die mögliche *Kennzeichnung* als „Einzelfall“ gewährte dem „Eulenspiegel“ die Chance, Probleme ins Visier zu nehmen, die erwiesenermaßen *keine* Einzelercheinungen waren. So gehörte es nicht nur zum Allgemeinwissen der Bevölkerung,

30 Gespräche der Verf. mit Gerd Nagel, Hartmut Berlin, Ernst Röhl und Hans Seifert 1995/96 in Berlin.

31 Gespräch der Verf. mit Hartmut Berlin am 1. Juni 1995.

32 Die Sendereihe „Prisma“ nahm sich, ähnlich wie der Eulenspiegel, der Ärgernisse ihrer Zuschauer an. Die Fernscheidung arbeitete jedoch nicht mit Satire.

33 Gespräch (Anm. 12).

34 Eulenspiegel (Anm. 8).

daß Fugen in Großplatten-Bauten häufig undicht waren, es war ebenso der ZK-Abteilung Bauwesen sowie dem Ministerium für Bauwesen bekannt, die Eingaben regelmäßig auswerteten. Im internen Bericht des Ministeriums für Bauwesen über das 1. Halbjahr 1981 heißt es³⁵:

„Einen Schwerpunkt der Eingaben bildet nach wie vor die nicht qualitätsgerechte Ausführung vor allem der Wandkonstruktionen der industriell errichteten Wohnbauten. In vielen Fällen wandten sich die Bürger an das Ministerium für Bauwesen, weil die vorangegangenen Eingaben an die zuständigen staatlichen Organe, die Rechtsträger bzw. Eigentümer oder an die Baubetriebe über Jahre hinweg nicht oder unzureichend bearbeitet worden sind. Ein markantes Beispiel dafür ist die öffentliche Eingabe der Familie Höll aus Berlin-Köpenick. ... Eine wesentliche Schlußfolgerung ist, die Eingabenbearbeitung konsequenter und mit gebotener Härte in den Erziehungsprozeß der Bezirksbaudirektoren und Kombinatdirektoren einzubeziehen.“³⁶

Hier wird die Eingabe der Familie Höll ausdrücklich als exemplarischer Fall behandelt. Geht man den Hintergründen zur geschilderten Situation des Mieters Christian Höll noch weiter nach, so eröffnet sich ein Blick nicht nur auf die problematische Seite des Wohnungsbauprogrammes, sondern auch auf den Zustand der DDR-Wirtschaft. In den Unterlagen der Staatlichen Bauaufsicht zum „Stand der Herstellung qualitätsgerechter Fugen im industriellen Wohnungsbau“ heißt es zu „größeren Mängeln in der Fugenherstellung“:

„Die Hauptursachen hierfür liegen in:

- nicht erfolgter Achs- und Höhenvermessung, die durch fehlende Vermessungskapazität begründet wird;
- Lieferung von 49 % der Elemente mit einer Qualität der Sorte B, obwohl das passungstechnische Projekt den Einbau von Elementen der Sorte A vorsieht;
- dem z.Z. nicht zur Verfügung stehenden Kemafilstrick, der noch nicht den Anforderungen als Dichtungsmittel in der Horizontalfuge genügt (Ungenauigkeit durch Verrutschen während der Montage);

35 Bericht vom 21. September 1981 zur 36. Dienstbesprechung des Ministers für Bauwesen, Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, DH 1-28854.

36 Ebd., Bericht über die Eingabenarbeit im Bauwesen im 1. Halbjahr 1981 mit Schlußfolgerungen, S. 5.

- mangelhafter Sorgfalt bei der Ausführung der Vertikalfuge wie Verdrehen der Schlagregensperre;
- trotz Vorschrift werden die Korropanbinden teilweise nicht heiß geklebt, weil die erforderlichen Arbeitsgeräte nicht in ausreichender Menge zur Verfügung stehen;
- die Polystyrol-Wärmedämmung wird zum Teil nicht sorgfältig eingebracht.

[. . .]
Eine vollständige Kontrolle durch die TKO ist durch Unterbesetzung nicht gegeben.³⁷

Hier zeigen sich die größeren Dimensionen eines Falles, der in der Zeitung satirisch und als Einzelfall präsentiert wurde. Es wird deutlich, daß die Probleme, die die Mieter mit der Reparatur ihrer Häuser hatten, sich aus dem Zustand der DDR-Wirtschaft herleiteten. So banal also „Einzelbeispiele“ auf den ersten Blick aussehen konnten, vermochten sie doch auf grundsätzlichere Mängel zu verweisen, auf eine soziale Wirklichkeit, die sich auf Textebene allerdings nur zwischen den Zeilen erschloß und Ergebnis von „Vor-Wissen“ und Lektüre war. Dieses „Zwischen-den-Zeilen-Lesen“ war gleichermaßen – wie die Zeitungen selbst – Ergebnis der SED-Pressepolitik: Gewöhnt an eine Zeitungslandschaft, die von geglätteten, beschönigenden und apologetischen Artikeln dominiert war, rezipierten die Leser Artikel, die dichter an ihren eigenen Erfahrungen im Alltag lagen, als Spitze des Eisbergs. „Es ging um *eine* Wohnung, aber für die Masse der Leser war es das Bauwesen an sich.“³⁸ So läßt sich das Verfahren, Satire zu zähmen, indem sich diese vorzugsweise auf kleine Unzulänglichkeiten richten sollte, als rein *kosmetische* Operation werten mit dem Ziel, erfahrbaren Alltag von einem ideologisch korrekten Alltag zu überlagern.

VIII. Vom „Fall Höll“ zum „Fall Eulenspiegel“

Bittere Ironie ist, daß die Fälle, die der „Eulenspiegel“ als Einzelfälle zu präsentieren hatte, auch

37 Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, DH 1-29270, Information zum Stand der Herstellung qualitätsgerechter Fugen im industriellen Wohnungsbau vom 29. Januar 1981, abgeheftet zwischen den Dokumenten Ende August, Anfang September 1981, den Maßnahmen zur Reparatur der Häuser im Allende-Viertel in Ost-Berlin. TKO = Technische Kontrollorganisation.
38 Gespräch (Anm. 31).

von den Lesern in ZK und Politbüro insbesondere auf ihr Potential zur „Systemkritik“ abgeklopft und im Kontext der gegebenen politischen Situation rezipiert wurden. Und diese Lektüre auf höherer Parteiebene erklärt die Maßnahmen, die gegen den „Eulenspiegel“ getroffen wurden. Zunächst empörte sich ein Minister, der sich nie öffentlich zu rechtfertigen hatte, daß er öffentlich kritisiert worden war. Minister Junker, auch er ein intimer Kenner der DDR-Pressepolitik, glaubte zunächst an eine inszenierte Kampagne, nämlich an eine Intrige Günter Mittags. Und er beschwerte sich bei der Abteilung Agitation, er lasse sich von so einem „Pinscher [damit war Hartmut Berlin gemeint, S.K.] doch nicht anpinkeln“³⁹. Berlin kommentiert rückblickend:

„Das hat mich am meisten gefreut, das sind Reaktionen, wenn das alles wirklich stimmt: das haben wir gewollt. Der . . . ist gleich zu seinem Generalsekretär gerannt . . . , ob hier polnische Verhältnisse einziehen sollen . . .“⁴⁰

Die Abteilung Agitation verbreitete daraufhin: „Der Eulenspiegel hat einen gemeinen Brief an Bauminister Junker gedruckt. Wer Junker anpinkelt, der pinkelt das Wohnungsbauprogramm der DDR an.“⁴¹ In dieser plumpen Verkürzung deutet sich der Grund für den Aktionismus der Abteilung Agitation an: Minister-Schelte, auf die man im ZK zudem besonders empfindlich reagierte und sie deshalb hoch bewertete. Denn wesentlich zum Verständnis der Maßregelung des „Eulenspiegel“ ist der politische Kontext, in dem sich die Minister-Schelte abspielte. Der „Eulenspiegel“ wolle „polnische Verhältnisse“ schaffen, lautete der Vorwurf aus dem ZK⁴², und Gerd Nagel kommentiert: „Der Junker war gar nicht das Problem. Das Problem war, was in Polen los war.“ Es war die Angst des ZK vor Zuständen, die die im Oktober 1980 gegründete Gewerkschaft „Solidarność“ vehement forderte: nämlich Minister öffentlich zur Verantwortung zu ziehen. Der Artikel im „Eulenspiegel“ wirkte in dieser Situation wie ein drohender und bedrohlicher Präzedenzfall. Minister Junker wiederum nutzte diesen Argwohn gegen die Veränderungen in Polen aus, um sich dem „Eulenspiegel“ gegenüber Genugtuung zu verschaffen.

Einen Monat nach dem „Eulenspiegel“-Beitrag erschien im „Neuen Deutschland“ der Artikel „Qualität 'rauf, Kosten 'runter: unsere Devise

39 Ebd.
40 Ebd.
41 Günter Simon, Tisch-Zeiten. Aus den Notizen eines Chefredakteurs 1981 bis 1989, Berlin 1990, S. 24.
42 Gespräch (Anm. 20).

beim Wohnungsbau⁴³, der ideologisch korrekte Berichterstattung zum Thema Bauwirtschaft vorführte. Und wie zur Bestätigung für diese These wird in diesem Artikel in der Überschrift ein Honecker zugeschriebenes Zitat verwendet. Zelebriert werden hier vorgabengemäß die Erfolge des Wohnungsbauprogramms, das bis 1990 geplant war. Denn bis dahin sollte die Wohnungsfrage, so hieß es 1975, „als soziales Problem gelöst sein“⁴⁴. Dieses Programm hatte die Presse zu propagieren, und in diesem Sinne verfuhr die Abteilung Agitation, die darauf drängte, in der Presse die Partei-Ideologie als ‚Lebensalltag‘ zu verkünden, während die soziale Wirklichkeit dahinter zurückblieb.

IX. Satire und Öffentlichkeit

Die Kritik am „Eulenspiegel“ wegen seines Artikels über Bauschäden, die trotz Eingaben nicht beseitigt wurden, kann als Ausdruck dafür bewertet werden, daß eine öffentliche Diskussion in der DDR unterdrückt werden sollte – insbesondere im Medium öffentlicher Diskussion, in der Presse. Die Akten aus den ZK-Abteilungen Agitation und Bauwesen sowie dem Ministerium für Bauwesen belegen, daß genau die Instanzen, die auf die Zeitung einschlugen bzw. einschlagen ließen, über das Wissen und Material verfügten, auf Grund dessen sie die Satire im „Eulenspiegel“ als absolut zutreffend erkennen mußten. Die in den jeweiligen Abteilungen erarbeiteten Analysen zu Eingaben

43 Heinz Ziegner, „Qualität ‚rauf, Kosten ‚runter“ – unsere Devise beim Wohnungsbau, in: Neues Deutschland vom 2. September 1981, S. 3.

44 Neues Deutschland vom 25. April 1975.

und zum Wohnungsbau dienten jedoch ausschließlich der eigenen Information.

Das in seiner Dramatisierung aus heutiger Perspektive hilflos wirkende Argument aus der Abteilung Agitation, „daß [es] angesichts der verschärften äußeren Bedingungen verstärkt notwendig [sei], Tendenzen zu begegnen, die Gefahr bringen können, dem Feind leichtfertig Schützenhilfe zu leisten und unsere sozialistischen Errungenschaften in Mißkredit zu bringen“⁴⁵, ist beredtes Zeugnis für das Wissen der DDR-Führungselite um die Fragilität ihrer Macht. Sie fürchtete den öffentlichen Austausch von Informationen, der eine Demokratisierung der Verhältnisse hätte einleiten können. Es war die zentralistische Macht, die sich zu schützen glaubte, indem sie stets nur ihren Erfolg verkünden ließ. Und deshalb argumentierte der Leiter der Abteilung Agitation, Heinz Geggel im Rahmen der SED-Logik auch korrekt, wenn er die Veröffentlichung im „Eulenspiegel“ als „politisch falsches Herangehen ... weil damit faktisch ein Angriff gegen unsere sozialistische Staatsmacht geführt wird“⁴⁶, wertete. Aus der Tatsache, daß Öffentlichkeit in der DDR unterdrückt wurde, folgt, daß es Ansätze einer solchen tatsächlich gab. So konnten in einer „Eulenspiegel“-Satire Konflikte Ausdruck finden, die die Parteiführung aus der Presse vorzugsweise heraushielt. Es ist eine informelle Öffentlichkeit, die die Satire punktuell zur Sprache brachte und deren Existenz sie im wesentlichen ihre Wirkung verdankte. Und es ist diese informelle Diskussionskultur, die sich 1989 auf der Straße zeigte und sich dabei häufig und offenbar traditionsgemäß satirischer Formen bediente.

45 Ministerium für Bauwesen (Anm. 15).

46 Ebd.

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium für Bauwesen

Genossen Minister Junker
persönlich!

1026 Berlin
Scharrenstraße 2/3

Lieber Genosse Minister! Ich hab' da mal 'ne Frage.

Erinnern Sie sich noch an die Eingabe von Christian Höll aus der Salvador-Allende-Straße 44 in Berlin? Natürlich nicht. Dumme Frage. Bei uns wird ja so viel gebaut.

Christian Höll ist der mit den Spezialfugen in den Wänden seiner Wohnung, wo seit 1978 immer der Wind durchpfeift. Regenwasser kommt auch durch, Komfortwohnung mit Wasser aus der Wand sozusagen.

Aber Schwamm drüber.

Herr Höll hat im Mai '80 an Sie geschrieben. Jetzt habe ich die unerledigte Eingabe auf dem Tisch. Walln mal sagen, als vorletzte Instanz. Unser Freund ließ nämlich durchblicken, wenn auch ich nicht aus der Knete käme, werde er seine Schreibe fortsetzen. Man kann sich ja denken, wen er in der letzten Instanz anschreibt.

Das gibt Ärger, den wir uns besser ersparen sollten. Hält uns nur von unserer eigentlichen Tagesarbeit ab. Kurz und gut, ich mache Ihnen einen Vorschlag: Ich weihe Sie in den aktuellen Stand ein, und wir lassen uns was einfallen, wie wir da rauskommen.

Das Ehepaar Höll wohnt mit seinen drei Kindern in erwählter Neubauwohnung mit Windkanal und fließend Wasser. Die Fugen reichen von den Decken bis zu den Fußböden, sind von unterschiedlicher Breite und Tiefe, aber überall offen genug, um den Naturgewalten keinen nennenswerten Widerstand entgegenzusetzen. Hölls Wohnung hat eine weitere interessante Besonderheit: Bei Regen läuft das Wasser nicht außen an den Fensterscheiben herunter, sondern innen. Die Deckenfugen sind nämlich auch ein bißchen undicht.

Wenn das Radio Regen ansagt, sind Hölls immer ganz aufgeregt. Manchmal völlig umsonst.

Ansonsten ist die Wohnung picobello. Anfangs hatte sie noch ein paar andere Kinderkrankheiten, die infolge fleißiger Eingabentätigkeit der Mieter inzwischen kuriert wurden. Beispielsweise lief in den ersten zwei Jahren kein warmes Wasser. Gemeint ist nicht das Wasser aus der Wand, da haben Hölls gar kein warmes erwartet, sondern das Wasser aus den Hähnen mit den kleinen roten Pünktchen. Zwei Jahre lang zahlten die Mieter Warmwassergeld, von dem sie bis heute keinen Pfennig wiedergesehen haben. Wie gewonnen, so zerronnen!

Daran ist aber nicht das Bauwesen schuld. Es schuf ja bloß die Mängel. Für ihre Beseitigung jedoch sind andere zuständig.

Lieber Genosse Minister, was glauben Sie, wer sich alles, von mir mal abgesehen, inzwischen mit der Höllschen Wohnung beschäftigt hat?

Ich muß mich jetzt aber etwas kürzer fassen, denn auf den nachfolgenden Seiten wollen wir noch ein bißchen anderen Ulk machen.

Der Reihe nach: Im Spätsommer '78 begann Mieter Höll im VEB Kommunale Wohnungsverwaltung Berlin-Köpenick vorstellig zu werden. Mitte '79 entschloß er sich, seine Besuche bei der KWV nicht fortzuführen und griff zum ersten Mal zur Feder. Erfolg: Zwei KWV-Kollegen erwiderten Hölls Besuch. Ergebnis: Null. März '80: Zweite schriftliche Eingabe. Antwort: „Bei den von Ihnen angeführten Problemen handelt es sich in erster Linie um die Fugensanierung... Wir sind weiterhin bemüht, das Problem zu klären und einen entsprechenden Antrag auszulösen. Wir behalten die Angelegenheit weiterhin unter Kontrolle und hoffen, einen entsprechenden Lösungsweg zu finden.“

Eingabe Christian Höll als ziemlich offener Brief an Minister Junker zur Erledigung weitergeleitet.

Die Hoffnungen der Kollegen erfüllten sich nicht. Darum schrieb Mieter Höll im Mai '80 an Sie, lieber Genosse Minister. Antwort: „Der Minister für Bauwesen hat Ihre Eingabe an den Oberbürgermeister der Hauptstadt geleitet mit der Bitte, kurzfristig Unterstützung durch das Bezirksbauamt zu geben.“

Der Oberbürgermeister bestätigte den Eingang der Eingabe und bedankte sich bei Bürger Höll für die kritischen Hinweise.

Sodann überschlugen sich die Ereignisse: Der erste Stellvertreter des Bezirksboudirektors teilte mit, daß der Generaldirektor des Kombinars Technische Gebäudeausrüstung beauftragt wurde, sich der Angelegenheit anzunehmen.

Juni '80: Der Direktor des VEB Kombinat Technische Gebäudeausrüstung, Institut Leipzig, informierte Familie Höll, daß die Eingabe „zuständigkeitshalber an die Bauakademie der DDR“ weitergeleitet wurde, und daß sich künftig ein Professor auf wissenschaftlicher Basis mit der Angelegenheit befassen werde.

Ein Doktor und ein Diplomingenieur tauchten bei regnerischem Wetter in Hölls Wohnung auf.

August '80: Der Professor von der Bauakademie versicherte Familie Höll schriftlich, daß die „Ursachen für die Mängel und Schäden ermittelt“ seien „und die erforderlichen Maßnahmen zu deren kurzfristiger Beseitigung“ von der KWV Berlin-Köpenick (I) veranlaßt werden.

Der Kreis hatte sich geschlossen. Mieter Höll nahm wieder Kontakt zu seinen alten Bekannten in der KWV auf.

Im Dezember '80 teilte ihm der Direktor der KWV abschließend mit: „Durch den Magistrat und das Ministerium für Bauwesen wurde Ihnen der derzeitige Stand erläutert, und damit hoffen wir, daß Ihre Fragen aus der Eingabe an die übergeordneten Staatsorgane und uns beantwortet sind.“

Nach diesem Schreiben war Herr Höll vorübergehend nicht nur frag-, sondern auch sprachlos.

Dann regnete es wieder im Bau. Der Mieter wurde erneut vorstellig. Mehrmals. Es gelang ihm schließlich im Juni 1981, der Staatlichen Bauaufsicht Ihres Ministeriums, lieber Genosse Minister, die schriftliche Bestätigung abzutrotzen, daß wegen der Fugen „kein Standsicherheitsproblem“ gegeben sei. Was bedeutet, daß das Haus in absehbarer Zeit noch nicht einstürzen werde.

Sehr beruhigend wirkte auch die Versicherung: „Das Objekt gehört zu einer Versuchsreihe des WBK Potsdam und ist mit einer Anzahl von Ausnahmegenehmigungen (Heizung, Sanitär, Elektro und Statik) errichtet worden.“

Ehrlich gesagt, Genosse Minister, so was haben sich die Mieter beinahe von Anfang an gedacht. Sie wollten bloß nicht glauben, daß derartige Versuche am lebenden Objekt durchgeführt werden.

Das wär's für heute, lieber Genosse Minister. Ich hoffe, Sie am konkreten Beispiel umfassend informiert zu haben, welcher Aufwand von zahlreichen Mitarbeitern zahlreicher Institutionen betrieben wird, um Mängel in der Bauausführung zu verwalten. Mitunter über Jahre hinweg.

Nebenbei dürfte es für Sie vielleicht auch nicht ganz uninteressant gewesen sein, einmal zu erfahren, wie eine an Sie gerichtete Eingabe bearbeitet wird.

Mit sozialistischem Gruß

Harald Berlin

Eulenspiegel

Wasser im Bau!



Zeichnung: Heinz Behling

Jens Reich: Warum ist die DDR untergegangen? Legenden und sich selbst erfüllende Prophezeiungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/96, S. 3–7

Die DDR ist in die Misere gerutscht und untergegangen, keineswegs aus naturgesetzlicher Notwendigkeit. Schuld sind vor allem die Machttträger, die Herrschenden, ihr stumpfsinniges Weiterwursteln. Aber auch die Untertanen haben dazu beigetragen, indem sie meinten, gar nichts ändern zu können, nur Objekt der Politik zu sein, und 1990 wieder in Passivität verfielen. Zu Klagegeheul wegen Entmündigung besteht kein Anlaß: Selbstentmündigung ist das richtige Wort.

Der Aufsatz entwickelt am Beispiel von Schlüsselsituationen der DDR-Geschichte die These, daß Gesellschaften stets alternative Entwicklungsmöglichkeiten haben und der historische Ablauf nicht streng determiniert ist. Erst durch Trägheit und mangelnde Kreativität der Beteiligten entsteht ein Ablauf, der ein-dimensional-alternativlos und fatal aussieht, im nachhinein.

Karl Ulrich Mayer/Martin Diewald: Kollektiv und Eigensinn: Die Geschichte der DDR und die Lebensverläufe ihrer Bürger

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/96, S. 8–17

Die Rekonstruktion der Gesellschaft der DDR anhand der Lebensverläufe ihrer Bürger ist schon deshalb von Bedeutung, weil die bis zur Wende gelebten Leben und Mentalitäten eine entscheidende Ausgangsbedingung der deutsch-deutschen Vereinigung sind. Zwar gibt es einen weitreichenden Konsens über viele Struktur- und Systemeigenschaften der DDR-Gesellschaft, aber es gibt auch noch eine Reihe von Kontroversen und offenen Fragen. Diese betreffen zum ersten insbesondere das Verhältnis zwischen der Annahme von Repression und lückenloser, kollektiver Lenkung und Disziplinierung einerseits und der Annahme von Spielräumen für eine eigensinnige Lebensgestaltung andererseits. Zum zweiten geht es um die Frage, in welchem Ausmaß die DDR ihr selbstgestecktes Ziel erreicht hatte, eine klassenlose und egalitäre Gesellschaft aufzubauen.

Der Beitrag stellt in Kurzfassung detaillierte Analysen der Mobilität zwischen den Generationen und im Verlauf des Arbeitslebens, der Geschlechterverhältnisse, der Familienentwicklung und Ausbildung persönlicher Netzwerke sowie kollektiver Generationsschicksale vor und versucht, daraus Schlußfolgerungen bezüglich des bisherigen Diskussionsstandes zu ziehen.

Die Ergebnisse verweisen u. a. darauf, daß die DDR-Gesellschaft weder als totalitärer noch als unmoderner Staat angemessen einzuordnen ist; daß die DDR weder eine klassenlose noch eine egalitäre Gesellschaft war, auch wenn sie im Vergleich zur Bundesrepublik zweifelsohne eine egalitärere Gesellschaft und insbesondere in der Angleichung von Lebensbedingungen sowie der Gleichstellung von Männern und Frauen bemerkenswert erfolgreich war; daß die Realität der DDR nicht nur durch die Zielvorstellungen eines autoritären Systems, sondern in erheblichem Maße auch durch unbeabsichtigte Folgen politischer Maßnahmen geprägt war; daß die DDR-Bürgerinnen und Bürger keine passiv beherrschten Objekte, sondern Subjekte waren, die durchaus eigenständige, individuelle Lebensvorstellungen verwirklichen konnten und sowohl durch partielle Norminternalisierung als auch durch materielle Anreize sozial integriert wurden; und daß eine zunehmende Destabilisierung der DDR bereits aus ihrer Sozialgeschichte aufeinanderfolgender Generationen abgelesen werden kann.

Heike Solga: Klassenlagen und soziale Ungleichheit in der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/96, S. 18–27

Essentielle Zielstellung der sozialistischen Gesellschaftsordnung war es, eine „klassenlose Gesellschaft“ aufzubauen. Mit der Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln wurde jegliche Form der „Ausbeutung“ als beseitigt angesehen. Damit legitimierte die Staatspartei zugleich die offiziell vertretene Auffassung, daß die Klassen und Schichten, die aufgrund der unterschiedlichen Formen des sozialistischen Eigentums noch existierten, freundschaftlich miteinander verbunden seien und gleiche Interessen verfolgten. Hinterfragt man jedoch – basierend auf der Marxschen Klassentheorie und ihrer Weiterentwicklung durch Wright und Roemer – den tatsächlichen Charakter des „Staatseigentums“ an den Produktionsmitteln, so zeigt sich, daß sich in der DDR im Laufe ihrer Entwicklung eine antagonistische Klassengesellschaft etablieren konnte, in der gerade nicht die Arbeiterklasse, sondern eine politisch weisungsberechtigte Klasse, nämlich die Parteilite, und ihre Dienstklassen über das staatliche Eigentum verfügten. Die Besonderheit des Klassencharakters der DDR-Gesellschaft bestand demzufolge darin, daß sie nicht primär leistungsorientiert gewesen ist. Bildung und Leistung allein stellten keine hinreichenden Bedingungen für den Zugang zu den privilegierten Klassenlagen dar. Vielmehr implizierte die politische Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel als entscheidende Dimension des staatlichen Eigentums, daß ihre Inhaber (die Parteilite und ihre Dienstklassen) sich auch öffentlich „systemloyal“ zeigen mußten.

Mit dieser Sichtweise auf die gesellschaftliche Verfaßtheit der DDR-Gesellschaft verbindet sich zugleich eine spezifische Sicht auf die Lebenschancen und -verhältnisse der Menschen. Analysen zu den Bildungs- und beruflichen Entwicklungschancen der jeweils nachfolgenden Generation sowie einiger ausgewählter Aspekte des materiellen und kulturellen Lebensstandards zeigen, daß die Klassenzugehörigkeit eine wichtige Rolle für die Lebensumstände der Menschen in der DDR spielte und die vorhandenen Klassenunterschiede mehr waren als nur ein „Überbleibsel an Ungleichheit unter Gleichen“.

Sylvia Klötzer: Öffentlichkeit in der DDR? Die soziale Wirklichkeit im „Eulenspiegel“

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/96, S. 28–37

Ein Bauminister wurde 1981 durch ein Satire-Magazin veranlaßt, umgehend Schäden an Plattenbauten zu beheben. Anhand dieses Vorfalls wird die Bedeutung von Satire in der Presse der DDR untersucht. Pressesatire funktionierte in der ostdeutschen Gesellschaft als ein Bereich, in dem ein begrenzter öffentlicher Austausch über Alltagserfahrungen, die sich von den gängigen Erfolgsmeldungen in den Medien unterschieden, stattfinden konnte. Trotz seiner Einbindung in das stalinistisch geprägte Anweisungs- und Kontrollsystem der SED nahm das Satire-Magazin „Eulenspiegel“ als einziges dieser Art eine Sonderstellung in der DDR-Presselandschaft ein. Sein Einfluß resultierte nicht aus der Schärfe seiner Satire, sondern daraus, daß er ein Medium war, in dem Mißstände überhaupt öffentlich gemacht werden konnten. Gemäß den Intentionen der SED-Führung sollten im innenpolitischen Teil des „Eulenspiegels“ lediglich in „konkreten Einzelfällen“ behebbare Ausnahmereischeinungen präsentiert werden, ohne diese systemkritisch zu verallgemeinern. Daß solche und andere Fälle in der Rezeption der Leser gleichwohl Verweischarakter für grundlegende Probleme in der DDR-Wirtschaft erlangten und Satire so den blockierten öffentlichen Austausch über Probleme in der DDR punktuell durchbrechen konnte, war – wie der vorgeführte Fall zeigt – nicht vorgesehen.